



AUSGABE 10 · 34. JAHRGANG · 13. WAHLPERIODE · 2.7.2003

### Jüdisches Leben

S. 3

Die Alte Synagoge in Essen soll zu einer Stätte der Begegnung zwischen Juden und Nichtjuden entwickelt werden. Mit großem Engagement verfolgt der Hauptausschuss das Projekt. Demnächst will er an Ort und Stelle tagen.

### Brüsseler Spitzen

S. 4

Den Brüsseler Vorschlägen für das Regelwerk Basel II, das die Bankkredite für den Mittelstand zu erschweren droht, sind ein paar Giftzähne gezogen worden.



### Ausbildung

S. 8/9

Alarm auf dem Lehrstellenmarkt: Tausende von Jugendlichen warten noch auf eine Zusage. Was kann der Landtag tun und was die jungen Menschen? Sprecher der vier Fraktionen nehmen dazu Stellung im Gespräch mit „Landtag intern“.

### Offene Türen

S. 16/17

Der Landtag verstärkt sein Bemühen, für alle Bürgerinnen und Bürger in NRW da zu sein. Ende September präsentiert sich das Parlament an zwei Tagen der offenen Tür. Eine erste Programmübersicht.

Gesundheit ist ein hohes Gut – und ein teures obendrein.

Die Zeitungen sind seit Monaten voll davon, wie unser Gesundheitssystem effektiver werden und gleichzeitig bezahlbar bleiben kann. In den Diskussionen der Fachleute wird leicht übersehen, dass es bei all dem nicht um abstrakte und beliebig beeinflussbare Kostenfaktoren geht, sondern immer noch um das ganz persönliche Verhältnis zwischen dem kranken Menschen und dem medizinischen Fachmann, von dem Hilfe, Heilung oder Linderung erwartet werden. Gesundheit ein hohes Gut? Sicher auch eines, über das auf der Ebene der Landespolitik zu streiten ist. Das tut der Landtag – engagiert, qualifiziert und bei allen Unterschieden einig im Blick auf das Wohlergehen der Menschen an Rhein und Ruhr.

Foto: Schälte

## Wort und Widerwort:

### Wie kann das Sterben von Menschen human begleitet werden?

Jeder Mensch weiß, dass er sterben muss. Trotzdem ist diese Gewissheit ein Tabu, das bisher gern verdrängt worden ist. Aber der Trend wendet sich: Hospizbewegung, Patientenverfügung, Sterbehilfe – das alles sind Stichworte, die viele Menschen bewegen und in den Medien aufgegriffen werden. Diese Diskussion um die letzten Dinge geht auch am Landtag nicht vorbei. Soeben hat er sich mit mehreren Anträgen der Fraktionen befasst; ihre Sprecher nutzen die Rubrik „Wort und Widerwort“, um ihre Standpunkte zum humanen Sterben in unserer Gesellschaft zu verdeutlichen (Seite 10).



## Vertrauensverhältnis: Arzt und Patient im Gesundheitswesen

# Inhalt

<b>Landtag zum Anfassen</b>	<b>2</b>
<b>„Die Normalität jüdischen Lebens zeigen“</b>	<b>3</b>
<i>Hauptausschuss kümmert sich um Umbau der Alten Synagoge in Essen</i>	
„Das Miteinander war leider nie konfliktfrei“	3
<b>Gemeinsame Position zu „Basel II“ angestrebt</b>	<b>4</b>
<i>Ausschuss nahm Einfluss auf die Verhandlungen in Brüssel</i>	
SPD und GRÜNE beschließen Mittelstandsgesetz	4
<b>„Verbesserung der Bildung kann nicht kostenneutral geschehen“</b>	<b>5</b>
<i>Das Fazit der öffentlichen Anhörung im Schulausschuss</i>	
<b>Muslimen in der Arbeitswelt: Beruflicher Aufstieg schwierig</b>	<b>6</b>
<b>Die Bahn soll ihren Kunden dienen</b>	<b>7</b>
<i>FDP stimmt Antrag der beiden Koalitionsfraktionen zu</i>	
Am Meisterbrief scheiden sich die Geister	7
<b>Interview über die Ausbildungsplatz-Situation in NRW</b>	<b>8/9</b>
<i>Vier Fraktionssprecher stehen Rede und Antwort</i>	
<b>Wort und Widerwort</b>	<b>10</b>
<i>Wie kann das Sterben von Menschen human begleitet werden?</i>	
<b>Schrumpft Angebot in der Altenpflegeausbildung?</b>	<b>11</b>
<i>CDU: Land soll Plätze garantieren</i>	
Vural Öger zu Gast bei der Deutsch-Türkischen Parlamentariergruppe	11
<b>Untersuchungsausschuss zur Prüfung der Landesgesellschaften</b>	<b>12</b>
Zigarette und Pille erhöhen das Risiko	12
<b>Krankenhäuser und Pflegedienste vor neuen Aufgaben</b>	<b>13</b>
<i>Menschenwürdige Versorgung von Schwerstkranken</i>	
<b>Statt Gesetzesänderung reichte ein Telefonanruf</b>	<b>14</b>
<i>Straßenausbaubeiträge von Kleingärtnern in Hamm gestundet</i>	
<b>Aktuelles aus den Ausschüssen</b>	<b>15</b>
<b>Information, Gespräche und Begegnungen im „Haus der Bürger“</b>	<b>16/17</b>
<i>Tag der offenen Tür im Landtag NRW</i>	
<b>Aus den Fraktionen</b>	<b>18</b>
<b>Porträt der Woche: Marianne Hürten (GRÜNE)</b>	<b>19</b>
Ausstellungen im Landtag	19
Impressum	19
<b>Geburtstage und Personalien</b>	<b>20</b>

## Landtag zum Anfassen

Es war einer der großen Wünsche von Landtagspräsident Ulrich Schmidt, das Düsseldorfer Parlamentsgebäude für die Menschen in Nordrhein-Westfalen zu öffnen. Jedes Wochenende an lauen Sommertagen spazieren Tausende Menschen entlang des Rheins in Düsseldorf und würden gerne einmal in ihren Landtag hineinschauen. Doch bisher kamen sie ohne Anmeldung nicht hinein. Das soll jetzt anders werden. Ab 6. Juli, einem hoffentlich sonnigen Sonntag, zeigt sich der Landtag von seiner transparenten Seite. Vor allem auch die vielen jungen Menschen im Lande möchte der Landtagspräsident damit erreichen.

Ab Sonntag, 6. Juli, öffnet das Parlamentsgebäude seine Pforten für die Besucherinnen und Besucher aus Nordrhein-Westfalen. Von 11 bis 17 Uhr kann dann jeder einen Blick in den Plenarsaal werfen. Dort, wo an vielen Tagen im Jahr die Landtagsabgeordneten über das entscheiden, was im Land politisch realisiert werden soll. Zu entdecken gibt es dann ganz nah den Stuhl, auf dem der Präsident die Plenarsitzungen leitet. Und natürlich auch die Plätze der Abgeordneten, der Regierung und der Ministerinnen und Minister. Ein Parlament zum Anfassen.

JEDEN SONNTAG

Doch nicht nur der Plenarsaal kann ab Juli zunächst erst einmal an Sonntagen bestaunt werden. Auch das Foyer und die Wandelhalle werden in das Besuchsprogramm mit einbezogen. Möglich macht dies der Besucherdienst des Landtags, der mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dann für die Bürgerinnen und Bürger in NRW vor Ort im Parlamentsgebäude Rede und Antwort steht.

Und noch etwas gibt es für die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Der Landtag lädt von Samstag, 20. September, bis Sonntag, 21. September, jeweils von 10 bis 18 Uhr, zum Tag der offenen Tür. Der wird parallel und zusammen mit dem Westdeutschen Rundfunk gefeiert. Nicht nur die etwa 230 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung zeigen dann allen in NRW, was sie machen, damit der Parlamentsbetrieb funktioniert. Auch die vier Fraktionen – SPD, CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen – präsentieren sich mit interessanten Programmpunkten. Auf einer Bühne im Foyer des Landtags werden einige Programmhöhepunkte präsentiert. Zwei Ausstellungen zum Weltkindertag werden gezeigt, und die Politikerinnen und Politiker stehen nebst Landtagspräsident Ulrich Schmidt für Fragen zur Verfügung.

SH

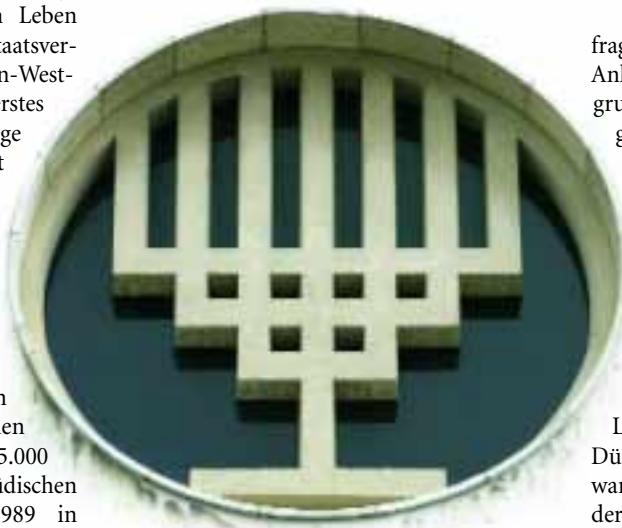
## „Die Normalität jüdischen Lebens zeigen“

### Hauptausschuss kümmert sich um Umbau der Alten Synagoge in Essen

*Es soll kein Museum werden, das bloß die Geschichte konserviert. Es soll sich nicht auf den Zeitabschnitt konzentrieren, der mit den Jahreszahlen 1933 bis 1945 umrissen wird. Die Alte Synagoge in Essen wird, das jedenfalls planen Land, Stadt Essen und jüdische Gemeinde, eine Stätte der Erinnerung an das jüdische Leben im Lande. Sie zeigt die „Normalität“ des Verhältnisses, die es durchaus gegeben hat, und will dadurch so etwas wie Normalität im Verhältnis zwischen Juden und Nichtjuden für die Gegenwart wieder gewinnen. Dieses Konzept eines „ebenso kulturhistorischen wie gegenwartsbezogenen Unternehmens“ interessiert den Hauptausschuss; das will er sich näher anschauen. Auf Vorschlag seines Vorsitzenden Edgar Moron (SPD) plant er darum im Herbst eine auswärtige Sitzung in der Essener Alten Synagoge.*

Jüdisches Leben in Nordrhein-Westfalen“ war Tagesordnungspunkt 1 der Sitzung des Hauptausschusses am 26. Juni. Die Landesregierung gab, eine Woche vor der geplanten Verabschiedung des gemeinsamen Antrags (Drs. 13/3886) im Plenum, ihren angekündigten Bericht ab. Als Sprecher der Staatskanzlei nannte Dr. Wolfram Försterling zu Beginn einige Daten zum gegenwärtigen jüdischen Leben und erwähnte den Staatsvertrag, den Nordrhein-Westfalen 1992 – als erstes Bundesland und lange vor dem Bund – mit den jüdischen Gemeinden im Land abgeschlossen hat. Damit war seinerzeit eine Verdoppelung der Zahlungen an die jüdischen Gemeinden auf zehn Millionen Mark verbunden. 5.000 Mitbürger jüdischen Glaubens seien 1989 in NRW zu zählen gewesen, heute belaufe sich die Zahl der Mitglieder in den jüdischen Kultusgemeinden (es sind inzwischen 19, die

sich in drei Landesverbänden organisiert haben) auf 27.000 – vor allem durch Zuzug aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Das verlange ein hohes Maß an Integrationsarbeit und erforderere Bemühungen, die Strukturen der jüdischen Gemeinden zu verbessern.



„Jüdisches Leben war vollkommen normal in Deutschland“ – dies wolle man, so Försterling weiter, mit dem Umbau der Alten Synagoge den Menschen verdeutlichen. Der

solle voraussichtlich im Jahr 2004 in Angriff genommen werden. Dabei gehe es darum, das alte Gesicht der ehemaligen Synagoge deutlich zu machen und seinen Charakter als Gotteshaus und als Bestandteil jüdischen Lebens zu unterstreichen. Später gehe es dann um den Umbau des Rabbinerhauses und um die städtebauliche Einbindung der Synagoge in das Umfeld.

In der Debatte der Abgeordneten ging es um die Unterschiede zwischen den Konzepten des Jüdischen Museums, das der Ausschuss vor einiger Zeit besucht hat, und der Alten Synagoge. Ob sie ähnlich seien, wollte Dorothee Danner (SPD) in Erfahrung bringen. Nein, meinte die Staatskanzlei, Berlin sei Museum, in Essen werde dieser museale Charakter vermieden. Sylvia Löhrmann (GRÜNE) formulierte das so: „Die Essener Alte Synagoge ist Gotteshaus, Berlin Museum.“ Essen zeige die historische Verantwortung und beginne den neuen Dialog. Damit werde Begegnung möglich gemacht und Normalität auf den Weg gebracht.

Marianne Thomann-Stahl (FDP) fragte danach, ob es in NRW eine Anlaufstelle für Schulen, Jugendgruppen und Kommunalparlamente gebe, die sich über das jüdische Leben informieren und Kontakte knüpfen möchten. Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) schließlich wertete die dargestellte Konzeption für die Alte Synagoge als „vage und zurückhaltend“. Als abschreckendes Beispiel führte Klose die Darstellung der Geschichte des Landesparlaments NRW im alten Düsseldorfer Ständehaus an: „Das war kläglich“ und zu einem Dasein in der Nische verkommen.

Zwei Reliefs an der Düsseldorfer Synagoge - Symbol der zwölf Stämme Israels.

Fotos: Schälte

## „Das Miteinander war leider nie konfliktfrei“

„Jüdische und nichtjüdische Bürgerinnen und Bürger blicken in Deutschland bzw. Nordrhein-Westfalen auf eine fast 1.700-jährige gemeinsame Geschichte zurück, die leider nie konfliktfrei war.“

„Als Tiefpunkt der Leidensgeschichte des jüdischen Volkes bleibt der von Deutschen und im deutschen Namen begangene Holocaust unvergessen.“

„Die Erinnerung an den Holocaust prägt heute und notwendig auch in Zukunft unser Verhältnis zum Judentum. Sie verlangt, immer

wieder auftretenden antisemitischen Tendenzen massiv und kompromisslos entgegenzutreten.“

„Politik muss auch progressiv darauf abzielen, klar zu machen, dass jüdisches Leben in Deutschland zur Normalität gehören soll, dass sich Jüdinnen und Juden im besten Sinne des Wortes in Deutschland ‚aufgehoben‘ und zu Hause fühlen können.“

„Um dieses Ziel zu erreichen, ist es wichtig, den Blick auf die gemeinsamen geistesgeschichtlichen und religiösen Wurzeln zu schärfen. Dazu bedarf es einer intensi-

veren Beschäftigung mit dem Judentum, zum Beispiel in den Schulen und durch die Medien.“

„Wir müssen Voraussetzungen dafür schaffen, dass Kinder und Jugendliche, aber auch skeptische oder gleichgültige Erwachsene mit offenen Augen und Ohren vorurteilsfrei wahrnehmen und würdigen, welchen Beitrag Jüdinnen und Juden in Deutschland geleistet haben und unverzichtbar auch in der Zukunft leisten.“

**Auszüge aus dem Antrag aller vier Fraktionen „Jüdisches Leben in Nordrhein-Westfalen – Mehr Wissen voneinander schafft mehr Vertrauen“.**

## Ausschuss nahm Einfluss auf die Verhandlungen in Brüssel

# Gemeinsame Position zu „Basel II“ angestrebt

Ein schwieriges Thema hatte sich der Wirtschaftsausschuss vorgenommen, als er im vorigen Jahr in intensive Beratungen zu „Basel II“ einstieg. Ausgelöst durch den CDU-Antrag „Wirtschaft nicht weiter verunsichern: Basel II darf so nicht in Kraft treten“, führte er Anfang Dezember 2002 eine Expertenanhörung über das in Brüssel vorbereitete Regelwerk für verschärfte Bankenkontrolle in Europa durch. In einer Art Zwischenbilanz äußerten sich in der Sitzung am 18. Juni die Sprecher aller Fraktionen zufrieden damit, auf die Verhandlungen in Brüssel Einfluss genommen zu haben.



„Es war eine gute Anhörung“, stellte der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses Dr. Helmut Linsen (CDU, r.) fest, als er die weitere Beratung über den CDU-Antrag „Basel II darf so nicht in Kraft treten“ eröffnete. Staatssekretär Jörg Bickenbach (L.) bestätigte, die Diskussion im Landtag sei notwendig und erfolgreich gewesen. Foto: Schälte

Wir können gemeinsam darauf stolz sein“, meinte auch Staatssekretär Jörg Bickenbach (Wirtschaftsministerium), nachdem er bestätigt hatte, es seien ganz erhebliche Verbesserungen erreicht worden. Bankenpleiten seien für die Wirtschaft eine Katastrophe. An mehr Bankenaufsicht bestehe erhöhtes Interesse auch seitens der Wirtschaft. Jetzt gehe es darum, dass die Banken die Chancen durch das neue Regelwerk an ihre Kunden weitergeben. Ein „Run auf die besten Bonitäten“ und Kredite nur noch für Firmen mit Rating-Spitzenwerten seien nicht wünschenswerte Entwicklungen.

Der Ausschuss stimmte noch nicht über den CDU-Antrag ab, sondern einigte sich darauf, die Positionen aller Fraktionen in einem gemeinsamen Antrag zum Ausdruck zu bringen, der auf den aktuellen Stand der Brüsseler und der Berliner Verhandlungen Bezug nimmt. Die Diskussion sei notwendig

gewesen, meinten die wirtschaftspolitischen Sprecher aller vier Fraktionen.

Christian Weisbrich (CDU) ergänzte, jetzt gebe es noch die große Sorge über eine neue „Mammutbürokratie“, die gemeinsam verhindert werden solle. Auf die Kreditinstitute werde zur Zeit riesiger Druck ausgeübt. In der Praxis gebe es erschreckende Entwicklungen. Werner Bischoff (SPD) bremste die Euphorie über das Erreichte mit dem Hinweis darauf, dass das Land auf die Gestaltung einer mittelstandsfreundlichen Kreditpolitik wenig Einfluss nehmen könne und dass es schließlich um eine europäische Reaktion auf riesige (internationale) Kapitalvernichtung in den letzten Jahren gehe. Dr. Gerhard Papke (FDP) hielt die Aufnahme der in den Beratungen des Landtagsausschusses deutlich gewordenen Vorbehalte und Bedenken auf höherer Ebene für

erfreulich. Rüdiger Sagel (GRÜNE) wies auf Veränderungen hin, die der mittelständischen Wirtschaft zugute kämen. Bernhard Tenhumberg (CDU) befürchtete, als Folge der verschärften Bankenaufsicht könne eine „Flucht“ der Kreditinstitute in das Anlagen- und Wertpapiergeschäft zu Lasten der Kreditwirtschaft einsetzen.

## SPD und GRÜNE beschließen Mittelstandsgesetz

### Vorrang für private, konzernunabhängige Betriebe

Im Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie stimmten SPD und GRÜNE am 18. Juni dem zuvor mit einigen Änderungen versehenen Regierungsentwurf für ein Mittelstandsgesetz (Drs. 13/2707) zu. Über eigene Gesetzentwürfe der Opposition mit den Titeln „Mittelstandsentwicklungsgesetz“ (CDU) und „Mittelstands- und Privatisierungsgesetz“ (FDP) soll erst nach der Anhörung zur Änderung der Gemeindeordnung (17. September) abgestimmt werden.

Durch Änderungen von SPD und GRÜNEN am Mittelstandsgesetz, das in dieser Woche vom Plenum verabschiedet wird, sollen auch eigentümer- oder inhabergeführte Unternehmen des verarbeiten-

den Gewerbes erfasst werden. Ziel des Gesetzes ist es, durch mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen zur Förderung des Mittelstands beizutragen. Ein wichtiges Prinzip des Gesetzes, das sich an konzernunabhängige Betriebe richtet, ist der „Vorrang der privaten Leistungserbringung“. Allerdings dürfen sich Land und Kommunen auch weiterhin „wirtschaftlich betätigen, wenn der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann“. SPD und GRÜNE sorgten für Präzisierung des Entwurfs und Anpassung an die bestehende Gemeindeordnung.

SPD-Sprecher Werner Bischoff warf der Opposition vor, ihre Chancen zur Mitgestaltung nicht früher genutzt zu haben. Rüdiger Sagel

(GRÜNE) freute sich: „Was lange währt, wird endlich gut“ und stellte Teilübereinstimmungen mit den Oppositionsentwürfen fest. Christian Weisbrich (CDU) bedauerte, dass die Koalitionsfraktionen die Umgehung der Vergaberichtlinien durch öffentliche Unternehmen ermöglichten. Eine Chance für den Mittelstand sei vertan worden. Ebenso Dr. Gerhard Papke (FDP): Täglich leide der Mittelstand unter der Konkurrenz öffentlicher Unternehmen.

Der neue Mittelstandsbeauftragte soll vom Wirtschaftsminister bestellt werden und dem Landtag jährlich über seine Tätigkeit berichten. Die FDP wollte einen „Mittelstandsberater“ einsetzen und die CDU den Mittelstandsbeauftragten vom Landtag wählen lassen. Bei der Vergabe sollen Leistungen in Fachlose zerlegt werden können, so dass sich mittelständische Unternehmen um öffentliche Aufträge bewerben können, ebenso bei Weitergabe an Nachunternehmen. Angebote von Arbeitsgemeinschaften sind zuzulassen. Im Gesetz ist auch die Förderung (finanziell und dienstleistend) durch das Land festgeschrieben. Die Landesförderung erfolgt „effizient und unternehmensnah sowie zeitnah und kooperativ“. Ein Rechtsanspruch darauf bestehe allerdings nicht.

## Öffentliche Anhörung im Schulausschuss – Fazit:

# „Verbesserung der Bildung kann nicht kostenneutral geschehen“

*Nicht zuletzt nach PISA dürfte klar sein: Die Lern- und Bildungssituation in NRW bedarf dringend einer Verbesserung. Darüber herrschte auch Einigkeit bei den Experten, die im Rahmen einer öffentlichen Anhörung im Schulausschuss (Vorsitz Dr. Heinz-Jörg Eckhold, CDU) über den Entwurf der Landesregierung zum Schulrechtsänderungsgesetz 2003 (Drs. 13/3722) debattierten. Ohne einen Mehraufwand an Kosten und Personal sei dies jedoch nicht zu realisieren. Der Entwurf müsse laut Expertenmeinung daher gründlich überarbeitet werden.*

Bei dem Anfang April vorgelegten Gesetzesentwurf handelt es sich um einen umfangreichen Maßnahmenkatalog, mit dem die Landesregierung Bildung und Erziehung in NRW stärken will. Zu den zentralen Punkten des Entwurfs gehören unter anderem die Schaffung einer flexiblen Schuleingangsphase in der Grundschule, die Verpflichtung zu vorschulischen Sprachförderkursen für Kinder mit mangelnden Deutschkenntnissen, die Einrichtung von ganztägigen Betreuungsangeboten an Grundschulen (Offene Ganztagschule) sowie die Zusammenfassung der Fächer Biologie, Chemie und Physik zu einem integrierten Lernbereich „Naturwissenschaften“ in den ersten beiden Klassen der weiterführenden Schulen. Im Hinblick auf die strapazierte Finanzlage bei Land und Kommunen sollen zudem die geplanten Änderungen, soweit möglich, kosten- wie auch stellenneutral umgesetzt werden, so die Landesregierung.

Ein Großteil der Experten äußerte massive Zweifel, dass diese Rechnung aufgehen könne: Dr. Thomas Fischbach vom Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte bezeichnete die Pläne der Landesregierung als „realitätsfern“. Durch Vorhaben wie die Abschaffung der Schulkindergeräten sowie der „Favorisierung von Kinderverwahreinrichtungen“ an den Grundschulen, entstehe „der Eindruck vom Sparen auf dem Rücken unserer Kinder“. Der Entwurf weise zudem „schwere inhaltliche und handwerkliche Fehler auf“. Er lege einen „falschen bildungspolitischen Handlungsschwerpunkt fest, indem es mit falschem pädagogischem Konzept vorwiegend im Bereich der Elementar- und Primarstufe eingreift und damit die Erkenntnisse der PISA- und IGLU-Studie ignoriert“.

Auch Gerhard Stanz von der Internationalen Vereinigung der Waldorfkindergeräten sprach von einem „unausgereiften Gesetzespaket“. Es sei an der Zeit, endlich eine tatsächliche Verbesserung der Rahmenbedingungen

zu realisieren, anstatt mit „immer neuen Erwartungen kostengünstige Hoffnungen in die Zukunft zu verschieben.“ Vehementen Widerspruch auch von Seiten der Vertreter der Städte und Gemeinden: Der vorliegende Gesetzesentwurf sehe Neuregelungen vor, durch die den Kommunen neue finanzielle Lasten aufgebürdet würden. Die Landesregierung solle den Kommunen daher für die Umsetzung ihrer Pläne Finanzmittel in ausreichendem Umfang zur Verfügung stellen oder auf die Änderungen verzichten.

### MASSIVE ZWEIFEL

Zweifel äußerten die Experten auch zu der von der Landesregierung erhofften Qualitätssteigerung in der Bildung. „Dem Schulrechtsänderungsgesetz liegen falsche Thesen über die Entwicklung und Erziehung kleiner Kinder zu Grunde.“ So sei beispielsweise der positive Effekt von flexiblen Schuleingangsphasen wissenschaftlich nicht bewiesen. Auch die im Entwurf enthaltene Tendenz zur Früheinschulung bezeichnete er als „riskant“. Viel wichtiger sei es, „auf gewachsene Strukturen und belegbare positive Erfahrungen“ zurückzugreifen und zudem das Augenmerk auf eine verbesserte Qualifizierung des Erziehungs- und Lehrpersonals zu richten.

Kritik auch von Seiten der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW NRW): Die mit dem Gesetzesentwurf geplanten Regelungen griffen erheblich zu kurz, „um die notwendigen



Rund ging es bei der Anhörung: Viele der geladenen Experten ließen sich die Gelegenheit zur Kritik am Gesetzesentwurf der Landesregierung nicht entgehen.  
Foto: Schätke

Qualitätssteigerungen und insbesondere die Herstellung von Chancengleichheit im Bildungssystem zu ermöglichen.“ Einwände wurden auch zum geplanten Lernbereich „Naturwissenschaften“ laut. Durch die Zusammenfassung der Fächer Biologie, Chemie und Physik in ein Fach seien erhebliche Einbußen bei der Unterrichtsqualität zu befürchten, so Professor Gunnar Berg, Sprecher der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte sowie des Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultätentags. Es komme schließlich auch keiner auf die Idee, Fremdsprachen in einem Fach zusammenzufassen. „Diese Ausdifferenzierung der Fächer ist ja nicht zufällig oder gar willkürlich entstanden, sondern gerade aus der Notwendigkeit heraus, den verschiedenen Aspekten der Herangehensweise gerecht zu werden.“ Darüber hinaus werde damit eine umfangreiche Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer notwendig. Unterstützung erhielt er vom Nordrhein-Westfälischen Lehrerverband sowie von der Landesvereinigung der Arbeitnehmerverbände und dem Leiter des Verbands Deutscher Ingenieure, Professor Gernot Born.

ax

## Muslime in der Arbeitswelt: Beruflicher Aufstieg schwierig

*Religion und Arbeitswelt - zwei Bereiche, die in der Regel wenig voneinander beeinflusst werden. Doch gegenüber dem Islam herrschen so viele Vorurteile, dass Muslime oft mit Vorbehalten ihrer Kollegen und Vorgesetzten zu kämpfen haben. Diesen Problemen wollte der Migrationsausschuss (Vorsitzende Oda-Gerlind Gawlik, SPD) auf den Grund gehen und hatte unter der Überschrift „Benachteiligung von Menschen muslimischen Glaubens in der Arbeitswelt“ Sachverständige geladen.*

Muslime werden an ihrem Arbeitsplatz häufig benachteiligt und das nicht unbedingt so, dass es der Chef mitbekommt. Darin waren sich Irmgard Pinn und Aiman Mazyek vom Zentralrat der Muslime in Deutschland und Nafiz Özbek, Mitglied des IG Metall-Vorstands, beim Sachverständigengespräch des Migrationsausschusses einig. Beide Organisationen forderten ein Antidiskriminierungsgesetz, um diesen Missstand von Seiten des Gesetzgebers her zu bessern. „Ohne politische Beteiligung wird sich nichts bessern“, sagte Özbek.

Pinn wies darauf hin, dass es keine gesicherten Daten über die Situation der Muslime in der Arbeitswelt gebe. Auch dieses Defizit müsse behoben werden. Sie wies darauf hin, dass es auch unter Muslimen Unterschiede gebe, wenn es um die Stärke ihres Glaubens gehe. Manche würden den Regeln des Islam streng folgen, andere wiederum seien lediglich in einem Kirchenregister eingetragen. Die wenigen Forschungsbelege, die vorhanden seien, zeigten, dass Muslime eher eine „bejahende Einstellung“ zu ihrer Religion hätten als Christen. Außerdem sei die „soziale Normierung“ in islamischen Ländern größer als in überwiegend christlichen, das heiße, junge Menschen würden durch ihre Verwandten und Freunde eher dazu angeleitet, ihre Religion zu praktizieren. Sie sei aber der

Überzeugung, dass Islam und westliche Industriegesellschaft zusammen wirken könnten.

Probleme gebe es, je stärker Muslime ihre Gläubigkeit zur Schau stellten. Allerdings stelle sie fest, dass Muslime auch diskriminiert würden, wenn sie „sichtbar westlich“ eingestellt seien, weil die Leute annähmen, dass sie religiös seien. Je höher die berufliche Position, die jemand anstrebe, desto größer seien auch die Barrieren, die es zu überwinden gelte. „Ab dem Niveau über der Putzfrau“, so Pinn, sei zum Beispiel ein Kopftuch bei Frauen nicht gerne gesehen.

### KOPFTUCH

Auch der öffentliche Dienst habe zurzeit sehr wenige höhere Angestellte muslimischen Glaubens. „Ich kenne zum Beispiel keine Richterin mit Kopftuch“, sagte Pinn. Sybille Haußmann (Grüne) zweifelte das an. Sie sagte, dass es in dieser Berufsgruppe eigentlich kein Hindernis geben sollte, weil ein Antrag vom Landtag verabschiedet wurde, entsprechende Einstellungen zu fördern.

Eine generelle Benachteiligung von muslimischen Arbeitnehmern bestätigte Nafiz Özbek. Eine offizielle Diskriminierung gebe es in den Betrieben nicht. Geschäftsleiter hätten daher oft kein Wissen über Fälle von Benach-

teiligung. Fakt sei, dass jemand, der in den sechziger oder siebziger Jahren als Gastarbeiter nach Deutschland gekommen sei, beruflich nicht aufsteigen könne, weil er als Hilfskraft gebrandmarkt sei. Oft habe diese erste Generation von Arbeitern keine Motivation, sich jetzt noch durch Fortbildung zu integrieren und habe dadurch einen Nachteil. Die dritte Generation, die in Deutschland geboren sei, habe eine andere Einstellung und strebe nach höheren Zielen.

Jutta Appelt (CDU) fragte, ob Muslime seit den Anschlägen vom 11. September 2001 stärker benachteiligt würden. Mobbing hätte zwar danach zugenommen, so Özbek, allerdings habe es das schon vorher gegeben.

Wie ein Antidiskriminierungsgesetz, das Pinn und Özbek empfahlen, aussehen sollte, wollte Britta Altenkamp (SPD) wissen. Aiman Mazyek antwortete, dass ein solches Gesetz die Religion in Zusammenhang mit der Lebensweise sehen sollte. „Das Kopftuch gehört oft dazu“, betonte er. Daher solle man die Scheu zum Beispiel vor Erzieherinnen mit Kopftuch ablegen.

Dr. Ute Dreckmann (FDP) fragte nach Schwierigkeiten, die zum Beispiel muslimische Bäckerlehrlinge hätten, die mit Alkohol in den Torten umgehen müssten. Da nicht per Gesetz vorgeschrieben sei, dass Auszubildende bestimmte Torten backen müssten, lasse sich da in der Regel eine Lösung finden, so Mazyek. Auch könne während der Arbeitszeit gebetet werden, die Arbeitnehmer müssten sich mit ihrem Chef lediglich einigen, ob das während einer „Zigarettenpause“ geschehen solle oder ob sie sich extra Zeit nehmen könnten. Özbek ergänzte, dass viele Moslems sich damit abgefunden hätten, dass Beten während der Arbeitszeit oft nicht möglich sei, weil der Produktionsprozess nicht unterbrochen werden könne. Auch der Fastenmonat Ramadan habe im vergangenen Jahr nicht zu der üblichen hohen Zahl von Krankmeldungen geführt. Wie Arbeitnehmer anderen Glaubens auch, hätten sich Moslems weniger krankgemeldet. **sk**



Gut, herzlich und vertrauensvoll - so kennzeichnete Landtagspräsident Ulrich Schmidt (M.) das deutsch-niederländische Verhältnis. Bei einem Empfang der deutsch-niederländischen Gesellschaft Aachen im Landtag lobte er den frühen Kampf der Niederländer für die Freiheit und ihr Eintreten für Europa. Der Präsident würdigte auch die Bereitschaft, nach den schlimmen Erfahrungen im zweiten Weltkrieg die Zusammenarbeit mit dem Nachbarn im Osten wieder aufzunehmen. Eine wichtige Rolle im vis-a-vis der beiden Länder spiele die Gesellschaft, weil sie sich seit Jahren dafür einsetzt, Vorurteile und Informationsdefizite auf deutscher wie niederländischer Seite abzubauen. Unser Bild zeigt von r.: Professor Fritz Eller, der Erbauer des Landtags, Brigitte Capune-Kitka (FDP), Honorarkonsul Professor Dr. Breuer, Vizepräsident Jan Söffing (FDP), Landtagspräsident Ulrich Schmidt, Professor Eschweiler und Mr. R.C.C.M. Nadaud, Präsident der Deutsch-Niederländischen Gesellschaft. Foto: Schälte

# Die Bahn soll ihren Kunden dienen

## FDP stimmt Antrag der beiden Koalitionsfraktionen zu

*In der Verkehrsausschusssitzung am 26. Juni stimmten die FDP-Vertreter dem Antrag der Koalitionsfraktionen SPD und GRÜNE für einen „Qualitätspakt Nahverkehr“ zu. Die CDU votierte wegen der im Antrag befürworteten Management-Gesellschaft dagegen.*

Zum Koalitionsantrag (kompletter Titel „Mit der Angebotsausweitung im Öffentlichen Nahverkehr durch Einführung des 2. Integralen Taktfahrplans muss eine spürbare Verbesserung der Betriebsqualität einhergehen! Qualitätspakt Nahverkehr jetzt vereinbaren - und dabei das Kundeninteresse in den Mittelpunkt stellen!“ Drs. 13/3724) ergänzte Gerd Wirth (SPD): „Wir wollen die Bahn unter Druck setzen.“ Den täglichen Hiobsbotschaften müssten auch Taten folgen. Zugverspätungen wegen jährlichen Herbstlaubs seien nicht länger hinnehmbar. Die geforderte Trennung von Netz und Betrieb meine die SPD ernst. Christof Rasche (FDP) stimmte zu und verlangte, der Landtag solle den Bundesverkehrsminister dazu auffordern, die Trennung durchzusetzen.

Dagegen meinte Heinz Hardt (CDU), die Trennung von Netz und Betrieb bringe das Anliegen nicht weiter. Die CDU lehne außerdem

die ÖPNV-Management-Gesellschaft ab. Vielmehr sollten die Verkehrsverbünde für Übergangstarife sorgen. Auf eine Frage von Peter Eichenseher (GRÜNE) antwortete Dr. Albuschkat (Verkehrsministerium), die Gespräche über die Management-Gesellschaft seien noch nicht abgeschlossen.

Zu einer Verwaltungsvorschrift zum ÖPNV-Gesetz NRW wurde nur mit SPD und GRÜNE das erforderliche Einvernehmen erzielt. Die Anregung von Peter Eichenseher (GRÜNE), bei den erheblichen Geldbewegungen auf die Festschreibung von steigenden Kilometersätzen zu verzichten, fand Staatssekretär Jörg Hennerkes „prüfwürdig“. CDU und FDP verlangten vergeblich, die Abstimmung zu vertagen, weil die Stellungnahmen der Verbände noch nicht bekannt seien.



FDP-Sprecher Christof Rasche (r.) hat nach der Verkehrsausschuss-Sitzung den Vorsitzenden Manfred Hemmer (SPD, l.) um ein gemeinsames Foto. Zuvor hatte er einem Koalitionsantrag zum Nahverkehr seine Stimme gegeben.  
Foto: Schälte

# Am Meisterbrief scheiden sich die Geister

## Koalition: Weniger Schwarzarbeit durch neue Regelung

*Im Wirtschaftsausschuss einigten sich die Fraktionen am 18. Juni, die Beratung des SPD-/GRÜNE-Antrags zur Reform der Handwerksordnung als unverzichtbarem Schritt zu mehr Arbeits- und Ausbildungsplätzen (Drs. 13/3861) und der Entschließung von CDU und FDP hierzu mit dem Titel „Meisterbrief behalten - Modernisierung der Handwerksordnung mit Augenmaß“ (Drs. 13/3918) am 9. Juli abzuschließen.*

In ihrem Antrag weisen die Koalitionsfraktionen darauf hin, dass Ausnahmen vom Zwang zum Meisterbrief zwar schon jetzt großzügig ausgelegt würden, dass es über die Bestimmung „unzumutbare Belastung“ jedoch immer wieder gerichtliche Auseinandersetzungen gegeben habe. Sie wollen das Recht zur selbstständigen Ausübung eines nicht „gefährdeneigten“ Handwerks und die Ausbildungsberechtigung vom Meisterbrief abkoppeln. In gefahrgeneigten Gewerken sollen Gesellen mit zehn Jahren Berufserfahrung, davon mindestens fünf in leitender Funktion, selbstständig einen Handwerksbetrieb führen dürfen. Bei drohender Arbeitslosigkeit könne

ausnahmsweise auch eine geringere Zahl von Berufsjahren ausreichen.

Die Aufhebung des Meistervorbehalts führe auch zum Rückgang von Schwarzarbeit, deren Volumen vom Zentralverband des Deutschen Handwerks 1999 auf 100 Milliarden Mark beziffert wurde. In Grenzgebieten könnten Anbieter zudem flexibler auf Nachfragen reagieren. Grundsätzlich solle die Meisterprüfung aber als Qualitätssiegel erhalten bleiben.

CDU und FDP sprechen dagegen bei der beabsichtigten Reform von einem durchsichtigen Manöver, das von Versäumnissen von Rot-Grün in der Wirtschafts- und Finanzpolitik und ihrer Unfähigkeit zur Sanierung der

Sozialsysteme ablenken solle. Für zu geringe Gründungsdynamik, problematische Betriebsübernahmen und Rückgang der Beschäftigung sei nicht der Große Befähigungsnachweis verantwortlich, sondern die schlechten Rahmenbedingungen verhinderten bei 130.000 geprüften Meistern den Schritt in die unternehmerische Selbstständigkeit. Das gelte auch für die Schwarzarbeit. CDU und FDP wollen statt Aufhebung des Meistervorbehalts die Anerkennung von Praxis-Bausteinen erfahrener Gesellen bei der Qualifizierung. Entweder ein Meister oder ein gleichwertig Qualifizierter solle in einem zugelassenen Handwerksbetrieb beschäftigt werden.

Noch suchen Tausende junger Menschen einen Ausbildungsplatz:

## Die Lage ist ernst und Patentrezepte gibt es nicht

*Die Lage ist ernst - noch immer sind nicht alle Jugendlichen mit einem Ausbildungsplatz versehen. Wenige Monate vor Ende des Ausbildungsjahres und eine Woche nach dem Tag der Ausbildung fehlen in Deutschland noch rund 70.000 Lehrstellen. Die Industrie beruhigt: Die Lücke wird bis Ende des Jahres geschlossen. Politik und Arbeitsverwaltung sind sich da nicht so sicher. Sie rufen zu einer umfassenden Mobilisierung auf, um auch jene Hälfte der Betriebe, die zwar ausbildungsberechtigt sind, aber dennoch nicht ausbilden, zu einem Angebot für junge Menschen zu bewegen. Im Chor der Stimmen, die eine echte Chance für die Jugend fordern, sind auch die vier Fraktionen im Landtag Nordrhein-Westfalen. „Landtag intern“ hat sie befragt.*

**Zwischen Angebot und Nachfrage im Ausbildungssektor klappt in Nordrhein-Westfalen eine große Lücke. Was kann der Landtag tun, um diese Lücke zu verkleinern?**

**Vöge:** Der Landtag kann selber gesetzlich gesehen nichts tun. Die Wirtschaft muss Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Der Landtag hat im Rahmen seiner Etatberatungen unter anderem Mittel für „Jugend in Arbeit“ und für den Ausbildungskonsens zur Verfügung gestellt. Es sind ganz bestimmte Dinge in der Vorbereitung vom Landtag mit entschieden worden, zum Beispiel begleitet er eine berufsnah schulische Ausbildung. Das muss deutlich besser werden, darauf haben wir häufiger schon hingewiesen im Landtag. Zweitens: Betriebspraktika von Lehrern, aber natürlich besonders von Schülern sollten gerade in den letzten Schuljahren intensiver gestartet werden.

**Arentz:** Die wichtigste Aufgabe der Landespolitik ist eine Schulpolitik, die junge Leute endlich ausbildungsreif aus den Schulen entlässt. Darüber hinaus ist es Aufgabe des Landtags, die Landesregierung aber auch die Tarifparteien zu drängen, jedem jungen Menschen eine Lehrstelle zur Ver-

fügung zu stellen. Dabei muss das Land mit gutem Beispiel voran gehen. Es ist ein völlig falsches Signal und geradezu ein Skandal, dass das Land als Arbeitgeber selber seine Ausbildungsplätze um fast 2000 in den letzten fünf Jahren reduziert hat. Es geht auch nicht an, dass die Landesmittel für die überbetriebliche Ausbildung im Handwerk bis 2005 halbiert werden und die Zahl der Plätze in der Altenpflege drastisch verringert ist.

**Thomann-Stahl:** In der derzeitigen Situation kommt der Politik insgesamt und damit auch dem Landtag eine besondere Verantwortung zu. Schließlich besteht eine Lücke von rechnerisch über 20.000 Lehrstellen, und über 50.000 junge Menschen haben noch keinen Ausbildungsplatz gefunden. Ausbildungsplätze lassen sich aber ebenso wenig wie Arbeitsplätze per Gesetz beschließen, sondern können nur in der Wirtschaft geschaffen werden. Deshalb muss alles dafür getan werden, um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen insbesondere für die kleinen und mittelständischen Unternehmen zu verbessern. Grundsätzlich lässt sich die Misere auf dem Ausbildungsmarkt nur dann überwinden, wenn die erdrückende Steuer- und Abgabenlast vermindert wird und die Betriebe wieder finanzielle Spielräume für die Schaffung von Lehrstellen bekommen.

**Steffens:** Es gibt verschiedene Möglichkeiten. Das, was ich nach wie vor für den wichtigsten Schritt halte, ist, den Unternehmen, die sich im Ausbildungskonsens befinden, deutlich vor Augen zu führen, dass die freiwillige Selbstverpflichtung endlich



Hermann-Josef Arentz (CDU)

eingehalten werden muss. Das war bisher nie der Fall. Wenn das nicht umsetzbar ist, muss man sich auf Bundesebene für eine gesetzliche Regelung stark machen – und da kann das Land im Bundesrat Einfluss nehmen.

**Ist eine Ausbildungsabgabe für Unternehmen, die nicht ausbilden sinnvoll?**

**Vöge:** Wenn weiterhin eine Lücke klappt und die Wirtschaft, insbesondere Betriebe mit über 50 Mitarbeitern, zu wenig ausbildet, dann werden wir ein Problem bekommen, darzustellen, dass überhaupt nichts passiert und dass wir die jungen Menschen sozusagen sich selbst überlassen. Handwerk und IHK versuchen mit Gesprächen und mit Appellen zusammen mit Politik, die Ausbildungsbereitschaft bei den Betrieben zu erhöhen. Derzeit ist es aber so, dass etwa 63 Prozent der Handwerksbetriebe und über 80 Prozent der IHK-Betriebe nicht ausbilden. Und alle sagen voraus, dass wir in fünf bis sechs Jahren einen Mangel an Fachkräften haben werden.

**Arentz:** Nein, meiner Meinung nach überhaupt nicht. Sie würde vermutlich die gleiche Wirkung wie die Schwerbehindertenabgabe haben: Die Unternehmen würden sich freikaufen. Eine Selbstverpflichtung der Wirtschaft und der Tarifparteien, Ausbildungsplätze für



Horst-Dieter Vöge (SPD)



jeden Jugendlichen zu schaffen, fände ich das sinnvoller. Eine Regelung der Kosten in der Wirtschaft ist allemal billiger und besser als eine staatlich regulierte Lösung. Fakt ist: In wenigen Jahren wird ein Fachkräftemangel herrschen, wenn nicht jetzt ausgebildet wird. Das gilt es zu verhindern. Im Übrigen gilt: Wer heute nicht ausbildet, darf morgen nicht nach Einwanderung rufen!

**Thomann-Stahl:** Nein. Neue Belastungen in Form einer wie auch immer gearteten Ausbildungsabgabe würden die betrieblichen Möglichkeiten zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze weiter einengen und zudem auch bestehende Arbeits- und Ausbildungsplätze gefährden. Besonders betroffen wären kleine und mittelständische Unternehmen, von denen viele gar nicht selbst ausbilden können und dürfen. Große und finanzkräftigere Unternehmen dagegen würden dazu eingeladen, sich von ihrer Ausbildungsverantwortung freizukaufen. Dadurch würden Ausbildungsplätze im ersten Arbeitsmarkt abgebaut und lediglich weitere überbetriebliche Warteschleifen geschaffen. Ganz zu schweigen von dem bürokratischen Aufwand, den eine solche Zwangsmaßnahme unweigerlich verursachen würde.

**Steffens:** Ja, eindeutig. In einem ersten Schritt ist es wichtig, den Unternehmen klar zu machen, dass wir diesen Weg gehen werden. In einem zweiten Schritt wird man mit den Einnahmen dieser Abgabe Ausbildungsplätze schaffen und externe Ausbildung finanzieren können. Das Geld würde überwiegend von großen Unternehmen kommen, da gerade die es sind, die immer weniger ausbilden. Es kann doch nicht angehen, dass große Unternehmen fertig Ausgebildete von kleineren abwerben, aber selber nicht ausbilden.

**Welche Voraussetzungen muss ein Jugendlicher in NRW haben, um seine Chancen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz zu verbessern?**

**Vöge:** Als Erstes: Die schulischen Möglichkeiten sollten ausgenutzt werden, also eine gute schulische Bildung. Es muss nicht das Abitur sein, der Hauptschulabschluss ist auch etwas, aber die Noten müssen gut sein. Darüber hinaus sollten Sekundärtugenden vorhanden

sein, also Pünktlichkeit, Durchhaltevermögen und Einsatzbereitschaft. Das kann Schule allein natürlich nicht leisten, sondern das Elternhaus stellt hierfür eine wichtige Voraussetzung dar.

**Arentz:** Zum einen braucht er einen Schulabschluss mit guten Noten. Dazu kommt ein ordentliches Sozialverhalten. Ein Beleg ist zum Beispiel Engagement in einem Verein oder einer Kirche. Um die Jugendlichen dazu zu motivieren, müssen sich erstens die Eltern mehr um die Erziehung kümmern, aber auch die Schulen dort stärker aktiv werden. Das Land sollte hier als Förderer der Vereine agieren und sich gut überlegen, wo es kürzt, denn die Jugendarbeit der Vereine ist ein wichtiger gesellschaftlicher Faktor.

**Thomann-Stahl:** Angesichts der derzeitigen Schieflage auf dem Ausbildungsmarkt ist es besonders wichtig, dass die Jugendlichen Mobilität und Flexibilität mitbringen. Zu viele Bewerber beschränken sich auf einige wenige Ausbildungsberufe und sind nicht bereit, ihren Wohnort für die Ausbildung zu verlassen oder längere Fahrten in Kauf zu nehmen. Zudem muss jedem Jugendlichen klar sein, dass ein ordentlicher Schulabschluss als Voraussetzung für die Ausbildung immer wichtiger wird. Wenn jedoch die Qualität des schulischen Bildungsangebots so schlecht ist, dass selbst Abiturienten die elementarsten Kenntnisse in Mathematik und Rechtschreibung fehlen, kann man das nicht den Schülern anlasten. Hier hat die rot-grüne Bildungspolitik versagt. Darum muss NRW in der Bildungspolitik dringend umsteuern.



Barbara Steffens (GRÜNE) mit Sohn David

**Steffens:** Eine gute Schulausbildung. Wir müssen im ganzen Schulbereich viel optimieren. Viele verlassen die Haupt-, aber auch die Realschule mit sprachlichen und mathematischen Defiziten. Für schwächere Schüler brauchen wir deshalb eine Förderung durch die ganze Schullaufbahn hindurch, beginnend in der Grundschule. Eine Rückmeldung aus den Betrieben wäre hilfreich, um genau zu wissen, wo vor Ort die Defizite liegen. Darüber hinaus wird es immer wichtiger, dass Jugendliche soziale Kompetenzen haben. In vielen Berufen ist es unerlässlich, Teamwork zu praktizieren und nicht nur theoretisch zusammen zu arbeiten. Auch das muss stärker gefördert werden.

*Die Gespräche führten Axel Bäumer, Stephanie Hajdamowicz, Sandra Ketterer und Jürgen Knepper*



Marianne Thomann-Stahl (FDP)

Fotos: Schälte

VON RALF JÄGER (SPD)

Die erforderlichen Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Sterben zu schaffen ist für jede humane Gesellschaft eine zentrale gesellschaftspolitische Herausforderung. Ihr gerecht zu werden heißt, die Menschenrechte der Sterbenden in den Mittelpunkt zu rücken. Konkret bedeutet das, alle politischen Gestaltungskräfte darauf zu konzentrieren, dass sterbende Menschen und ihre Angehörigen die letzte Phase des Lebens in Würde bewältigen können.

Zur Realisierung dieses Ziels haben wir in NRW schon viel erreicht. So hat das Land beispielsweise sehr frühzeitig die Initiativen der Hospizbewegung aufgegriffen und auf vielfältige Weise, unter anderem auch durch eine finanzielle Förderung, unterstützt. Zur Begleitung sterbender Menschen bestehen in NRW mittlerweile 250 ambulante und 40 stationäre Hospizdienste. Darüber hinaus gibt es in unserem Land zurzeit 22 Palliativstationen mit über 170 Betten. Seit 1992 werden mit den beiden Alplastellen in Bonn und Münster zwei für die Hospizbewegung wichtige Einrichtungen gefördert.

Auf dieser Leistungsbilanz, die NRW als im Bereich der Hospizarbeit führendes Bundesland ausweist, ist aufzubauen. Es gilt, den Ausbau der ambulanten Hospizarbeit weiter voran zu bringen und die palliativmedizinischen Angebote zu stärken. Dies ist der richtige Weg, die Menschen dabei zu unterstützen, das Sterben als Teil des Lebens anzunehmen und so dem Verlangen nach aktiver Sterbehilfe konsequent entgegenzuwirken.



nehmen und so dem Verlangen nach aktiver Sterbehilfe konsequent entgegenzuwirken.

VON RUDOLF HENKE (CDU)

Das Sterben ist unabänderlich ein Teil des Lebens. Dennoch wird es immer noch in unserer Gesellschaft verdrängt. Das müssen wir ändern. Der Mensch lebt in und als Teil einer Gemeinschaft. Das gilt auch für den letzten Schritt des irdischen Lebens, den Tod. Die meisten Menschen möchten diese Lebensphase im Kreis ihrer Familie und Freunde verbringen. Fast alle brauchen dann auch professionelle Hilfe. Aber wir wollen nicht als Kunde behandelt werden, sondern als Freund. Keine Lebensverlängerung um jeden Preis, sondern menschliche Beziehung und Hilfe, für die persönliche Freiheit und menschliche Würde auch in der Nähe des Todes zentral bleiben. Dazu gehört auch, loslassen zu lernen. Zum menschlichen Leben gehört ein menschenwürdiges Sterben.

Um dieses Grundbedürfnis zu erfüllen, muss ein Netz geknüpft werden, das den Sterbenden und seine Angehörigen trägt, sie medizinisch, psychisch, sozial und spirituell begleitet und ihnen hilft, mit Angst und Trauer leben zu können. Der Beitrag der Politik zu diesem Netz liegt in der Unterstützung der vielen in diesem Bereich sehr engagiert Tätigen. Auf der Basis der Menschenwürde und des Schutzes des Lebens als Grundlage allen politischen und gesetzgeberischen Handelns gehört dazu die Schaffung von Rahmenbedingungen für eine verbesserte Zusammenarbeit von Angehörigen, ehrenamtlich und professionell Tätigen ebenso wie die Weiterentwicklung der Palliativmedizin und der Ausbau der vorhandenen ambulanten und stationären Hospizstruktur.

Handelns gehört dazu die Schaffung von Rahmenbedingungen für eine verbesserte Zusammenarbeit von Angehörigen, ehrenamtlich und professionell Tätigen ebenso wie die Weiterentwicklung der Palliativmedizin und der Ausbau der vorhandenen ambulanten und stationären Hospizstruktur.



Wie kann das Sterben von Menschen human begleitet werden?

VON DR. JANA PAVLIK (FDP)

Eine Annäherung an das Thema könnte sich durch die gegensätzliche Akzentuierung des Verbs „human“ ergeben: Wie sieht ein inhumanes Sterben aus? Ich halte dafür, dass Formen eines inhumanen Sterbens erkannt werden können in Einsamkeit, Vernachlässigung, mentaler und sinnlicher Gefühllosigkeit und Distanzierung, Abschiebung in Sterbezimmer, Kontaktlosigkeit im anonymen Krankenhausgroßbetrieb, durch unumgänglich scheinende Schmerzen oder durch physische/psychische Sublimformen von Gewalt, zu denen ich auch die Nicht-Respektierung getroffener Entscheidungen (Patientenverfügung) zähle, keine lebensverlängernde Maßnahme einzuleiten. Die humanste Form des Sterbens scheint mir, wenn es finanziell, organisatorisch und psychisch möglich ist, in der Familie zu sein, umgeben vom vertrauten Kreis der Dinge und der Menschen. Daneben halte ich die zahlreichen verdienstvollen Angebote der Hospizbewegung mit ihren qualitätvollen schmerzmedizinischen und palliativen Angeboten wie auch der menschlichen Zuwendung, des Respekts und der Ehrfurcht vor einem vergehenden oder sich allmählich auflösenden Leben für eine überaus humane Alternative. Gerade der Mensch im Zerfall und im Vergehen, mit seinen zunehmenden körperlichen, seelischen und ästhetischen Defiziten, hat das Recht, unsere ganze Sachkunde und menschliche Anteilnahme einzufordern.



wie auch der menschlichen Zuwendung, des Respekts und der Ehrfurcht vor einem vergehenden oder sich allmählich auflösenden Leben für eine überaus humane Alternative. Gerade der Mensch im Zerfall und im Vergehen, mit seinen zunehmenden körperlichen, seelischen und ästhetischen Defiziten, hat das Recht, unsere ganze Sachkunde und menschliche Anteilnahme einzufordern.

VON BARBARA STEFFENS (GRÜNE)

Die meisten schwersterkrankten Menschen sterben heute in einem Krankenhaus oder außerhalb der eigenen Häuslichkeit, obwohl sie ihre letzte Lebensphase lieber in häuslicher Umgebung verbringen würden.

Die ambulanten Hospizdienste unterstützen Sterbende und ihre Angehörige in dieser für alle Seiten schwierigen Situation und helfen sie zu bewältigen. Die Hospizbewegung hat auch wesentlich dazu beigetragen, dass es ein Umdenken in der Schmerzbehandlung Schwersterkrankter gegeben hat. Damit wird eine wichtige Voraussetzung geschaffen, dass Menschen die letzte Lebensphase zu Hause verbringen können. Die stationären Hospize bieten einen persönlichen Ort für Menschen mit schwersten Schmerzzuständen und solche, die nicht auf die Unterstützung Angehöriger zurückgreifen können. Sie werden dort begleitet durch ein speziell geschultes Pflegepersonal, den Arzt oder die Ärztin ihres Vertrauens und durch ehrenamtliche Begleiter.

Für die Zukunft muss die Hospizidee mehr als bisher in die verschiedenen Einrichtungen der gesundheitlichen Versorgung und Pflege übertragen und in den Pflegeheimen und Krankenhäusern verankert werden.

Durch eine Verbesserung der ambulanten Palliativmedizin und -pflege kann erreicht werden, dass die ambulante Hospizarbeit weitere Unterstützung findet und noch mehr sterbende Menschen und ihre Angehörigen sich zutrauen, diese letzte Phase des Lebens in Würde außerhalb eines Krankenhauses zu bewältigen.



# Schrumpft Angebot in der Altenpflegeausbildung?

## CDU: Land soll Plätze garantieren

Die Union ist der Meinung, dass die Landesregierung ihrer Verantwortung für die Pflegeausbildung nachkommen muss. Darum sei sie gehalten, angesichts des angekündigten Rückzugs der Arbeitsverwaltung aus der Förderung der Altenpflegeausbildung, den Wegfall dieser Ausbildungsplätze mit Hilfe zusätzlicher, vom Land geförderter Ausbildungsplätze zu kompensieren. Denn dem massiven Fachkräftemangel in der Pflege müsse entgegengewirkt werden, urteilt die CDU. Über ihren entsprechenden Antrag (Drs. 13/3867) entspann sich im Arbeitsausschuss (Vorsitzender Bodo Champignon, SPD) eine lebhafte Debatte. An deren Ende wurde trotz des Bemühens um Gemeinsamkeit der Antrag abgelehnt, weil, so eine Begründung von Seiten der Koalition, das Land nicht zum Ausfallbürgen der Mittelstreichungen in der Arbeitsverwaltung werden könne.



Eine nicht immer leichte, aber oft auch zufriedenstellende Arbeit ist die Pflege der wachsenden Zahl alter Menschen in unserer Gesellschaft. Hier eine Szene aus dem Katharinen-Hospital in Unna.

Für die CDU äußerte Rudolf Henke die Befürchtung, es könnten an die 600 Ausbildungsplätze wegfallen, wenn die Arbeitsverwaltung die Fördermittel für Umschulungsmaßnahmen zurückfahre. Wie alle anderen Ausbildungsberufe im dualen System brauche die Altenpflege eine Ausbildungssystematik: Diejenigen, die über einen Ausbildungsplatz in einem Betrieb verfügten, sollten selbstverständlich davon ausgehen können, einen Platz in einer Berufsschule oder in einem Fachseminar für Altenpflege zu erhalten. Henke: „Das hat das Land zu finanzieren.“

Für seine Fraktion sei das Thema wichtig, erklärte Rainer Bischoff (SPD). Man wolle das Thema weiter begleiten, aber erst wieder behandeln, wenn dazu neue Erkenntnisse vorlägen. Das sei nach der ausführlichen Plenardebatte im Mai noch nicht der Fall. Sein Fraktionskollege Michael Scheffler machte darauf aufmerksam, dass man die angekündigte Umfrage bei den Altenpflegeseminaren abwarten müsse. Die Landesregierung sollte in der ersten Sitzung des Ausschusses nach der Sommerpause berichten, damit weitere Schritte unternommen werden könnten.

Zuvor hatte die Staatssekretärin im Gesundheitsministerium, Cornelia Prüfer-Storcks, den Ausschussmitgliedern mitgeteilt, in NRW gebe es in diesem Jahr 1.615 geförderte Ausbildungs-

plätze. Das liege zwar unter der Förderung des vergangenen Jahres, das jedoch mit 2.200 geförderten Plätzen in der Altenpflege deutlich über den 1.700 bis 1.800 Plätzen der Vorjahre gelegen habe. Um alle notwendigen Schritte steuern und abstimmen zu können, stehe die Landesregierung in kontinuierlichem Austausch mit der Freien Wohlfahrtspflege und auch mit den kommunalen Spitzenverbänden, erklärte die Staatssekretärin.

### ZUKUNFTSFRAGE

Einer von der CDU verlangten Garantie, dass jeder Ausbildungswillige mit einem betrieblichen Ausbildungsplatz in einem Fachseminar für Altenpflege untergebracht werde, begegnete sie mit dem Hinweis, Garantien könnten nur den Umfang haben, zu dem der Haushaltsgesetzgeber sie ermächtige.

Eine gemeinsame Lösung sollte in dieser wichtigen Zukunftsfrage gesucht werden. Das meinte Angelika Gemkow (CDU). Die Vorsitzende der Pflegekommission urteilte, im dualen System gehöre zu jedem Ausbildungsplatz ein Schulplatz. Das müsse auch für die Pflege gelten. Statt nach einer Ausbildungsabgabe zu rufen und gleichzeitig Ausbildung zu verwehren,

so Gemkow, müsse das Land jedem, der einen Ausbildungsplatz in der Altenpflege nachweise, einen Fachseminarplatz zusichern. Dem stimmte Dr. Jana Pavlik (FDP) zu. Sie kritisierte, dass man sich gegenseitig die Schuld zuweise statt zu analysieren und zu überlegen, wie man die Zahl der Ausbildungsplätze in der Altenpflege erheblich erhöhen könnte.

Horst-Dieter Vöge (SPD) machte darauf aufmerksam, dass es in dem Antrag der CDU um Umschulungsmaßnahmen in der Altenpflege gehe. Diese seien originäre Aufgabe der Bundesanstalt für Arbeit. Da könne das Land nicht zum Ausfallbürgen gemacht werden. Seine Fraktion jedenfalls werde das nicht mittragen. Das sah Marianne Hürten (GRÜNE) ähnlich: Der Antrag beziehe sich auf den Rückzug der Arbeitsverwaltung.

Foto: Schälte



## „Brücke zur islamischen Welt“ ...

... sei die Türkei, erklärte Vural Öger als Gast der Sitzung der Deutsch-Türkischen Parlamentariergruppe. Die von Wolfgang Röken (SPD) geleitete Gruppe hatte den Unternehmer aus Hamburg anlässlich seines Buches „Mein Deutschland, meine Türkei. Leben zwischen Bosphorus und Elbe“ eingeladen. Öger sprach sich dabei für schnelle Verhandlungen über den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union aus, denn das Land liege unter anderem „am Kreuzweg der Energiewege“. Es sei wichtig, die Deutschkenntnisse der Türken zu fördern, meinte der Unternehmer weiter, aber auch das Wissen über türkische

Kultur unter Deutschen. Türkische Geschichte an deutschen Schulen zu unterrichten, halte er für eine gute Idee, ebenso wie Kindergartenpflicht für türkischstämmige Kinder. Oft sei er für viele nur „der Türke mit dem deutschen Pass“, selbst hier geborene Türken würden immer noch als Gastarbeiter abgestempelt. Die Gesellschaft müsse sich bereit erklären, ihre ehemaligen Gastarbeiter und deren Nachkommen als vollwertige Mitglieder aufzunehmen. Im Gegenzug müssten die Türken sich dazu entscheiden, sich komplett zu integrieren.

## Auftrag: Prüfung der Landesgesellschaften

Auf Antrag der CDU wird der Landtag einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss einrichten. Einen entsprechenden Antrag (Drs. 13/4062) hat die CDU-Fraktion zu Beginn der vorigen Woche bei Landtagspräsident Ulrich Schmidt eingereicht.

Einen Tag nach Veröffentlichung des Berichts, in dem der Landesrechnungshof NRW (LRH) unter anderem Ergebnisse seiner Prüfungen bei der Gesellschaft des Landes zur Förderung des Strukturwandels im Ruhrgebiet dargestellt hat, beantragte die Union am 24. Juni den 11-köpfigen Untersuchungsausschuss: „Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass vergleichbare Mängel und Missstände (...) auch bei anderen Landesgesellschaften vorliegen“, heißt es in dem Antrag.

Der Untersuchungsausschuss soll darum den Auftrag bekommen, „Mängel und Missstände bei der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und bei der Betätigung des

Landes als Gesellschafter“ der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (GfW), der Projekt Ruhr GmbH sowie des Bildungszentrums für die Entsorgungs- und Wasserwirtschaft (BEW) zu prüfen. Nachgehen soll der Ausschuss auch der Frage, ob die Vergabe von Aufträgen im Zusammenhang mit dem Umzug der Staatskanzlei in das Düsseldorfer Stadttor recht- und ordnungsgemäß erfolgt ist. Hier vermutet die Union „Vetternwirtschaft“.

Der Landtag wird über den Antrag am 3. Juli beraten und dann den Weg freimachen für die Einrichtung des ersten Untersuchungsausschusses in der laufenden Wahlperiode. Unser Bild zeigt die Präsidentin des Landesrechnungshofs, Ute Scholle, bei der Präsentation des Jahresberichts 2003 über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2002 (so der Titel) vor den Medienvertretern der Landespressekonferenz. Zuvor hatte sie den umfangreichen Bericht Landtagspräsident Ulrich Schmidt übergeben.



Die Präsidentin des Landesrechnungshofs, Ute Scholle, bei der Präsentation des Jahresberichts 2003 über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2002 (so der Titel) vor den Medienvertretern der Landespressekonferenz. Zuvor hatte sie den Bericht Landtagspräsident Ulrich Schmidt übergeben. Auf besonderes Interesse in der Öffentlichkeit stießen die Anmerkungen, die die unabhängigen Rechnungsprüfer zu den Landesgesellschaften gemacht haben.

Foto: Schälte

### Herz-Kreislauferkrankungen: Todesursache Nr. 1 für Männer und Frauen

## Zigarette und Pille erhöhen Risiko

*Die häufigste Todesursache für Männer als auch für Frauen sind Erkrankungen des Herz-Kreislaufsystems. Sie sind auch der Grund für bereits lange vor dem Tod auftretende Krankheitssymptome und Leiden der betroffenen Personen. In der medizinischen Literatur wird darauf hingewiesen, dass es in der krankheitsspezifischen Therapie und Gesundheitsversorgung beträchtliche geschlechtsbezogene Unterschiede gibt. So scheint die Versorgungssituation für Frauen ungünstiger zu sein als für Männer. Ausgehend von dieser Überlegung vergab die Enquetekommission zwei Studien um diese Zusammenhänge für Frauen in NRW zu erhellen.*

Privatdozentin Dr. Ursula Härtel, MPH, von der Universität München hat in der Enquetekommission „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW“ Anfang November vergangenen Jahres ein Gutachten zur 'Ist-Analyse der Prävalenz der Herz-Kreislauferkrankungen bei Frauen in NRW' präsentiert.

Gegenstand des Gutachtens waren die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Häufigkeit von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Todesfällen bezüglich der Erkrankungsursachen

und Risikofaktoren. Als Ergebnis konnte festgestellt werden, dass es deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede gibt und dass sich diese in der BRD und in Nordrhein-Westfalen grundsätzlich ähneln. Bemerkenswert war darüber hinaus die Feststellung, dass das Rauchen für Frauen ein größeres Herzinfarktrisiko mit sich bringt als für Männer. In Verbindung mit der Einnahme von Kontrazeptiva ist das Herzinfarktrisiko für Frauen, die rauchen, verglichen mit Nichtraucherinnen 14fach höher. „Aufgrund neuer Empfehlungen dürfen Frauen

über 35, die regelmäßig Zigaretten rauchen, die „Pille“ eigentlich nicht mehr verschrieben werden“, so eine Schlussfolgerung von Dr. Härtel.

Ein weiteres Gutachten mit dem Titel 'Analyse und Bewertung der Ursachen für die unterdurchschnittliche Inanspruchnahme der Versorgungseinrichtungen für die Herz-Kreislauferkrankungen in NRW durch Frauen' wurde in der Enquetekommissionssitzung Mitte Juni vorgestellt.

Das von Dr. Susanne Moebus vom Institut für Medizinische Informatik, Biometrie und Epidemiologie des Universitätsklinikums Essen erstellte Gutachten wies unter anderem darauf hin, dass herz-kreislaufkranke Frauen scheinbar später als Männer das Krankenhaus aufsuchen bzw. eingeliefert werden, da bei ihnen nicht an den entsprechenden Krankheitszusammenhang gedacht wird. In der Folge kann es zu einer schlechteren Erstversorgung und damit höheren Letalität bei Frauen kommen. Das Gutachten problematisierte das Fehlen geschlechtsdifferenzierter Daten zur Behandlung koronarer Herzerkrankungen. Insbesondere Aussagen über sozial benachteiligte Gruppen wie Migrantinnen und ältere Frauen sind für NRW nicht gesichert möglich. Die Gutachterin Dr. Susanne Moebus schlägt deshalb die Einrichtung eines Herzinfarktregisters für NRW vor.

## Menschenwürdige Versorgung von Schwerstkranken

# Krankenhäuser und Pflegedienste vor neuen Aufgaben

„Multiprofessionelle Versorgung von schwerstkranken Patienten sichern“ betitelt die FDP einen Antrag (Drs. 13/3849), über den der Landtag Anfang Juni debattierte und den er anschließend in die Ausschussberatung überwies. Ein CDU-Antrag (Drs. 13/3217) mit dem Titel „Auch Sterben ist ein Teil des Lebens“, mit dem sich der Landtag im Plenum bereits im November 2002 befasst hatte, hatte die Anhörung des Gesundheitsausschusses am 11. Juni ausgelöst (Bericht in der vorigen Ausgabe). Dazu gab es eine Entschließung von SPD und GRÜNEN „Für ein menschenwürdiges Sterben in einer humanen Gesellschaft“ (Drs. 13/3968).



Dr. Jana Pavlik (FDP) sah eine fatale Verwechslung von hospiz- und palliativmedizinischen Versorgungsangeboten beim zuständigen Ministerium. Palliative oder multiprofessionelle Versorgung bedeute ganzheitliche Sicht von Schwerstkranken oder unheilbar Kranken. Hospizarbeit sei direkte Sterbebegleitung. In einer Palliativstation werde dagegen versucht, bei unheilbaren Erkrankungen die gemeinsame Betreuung durch Ärzte, Schwestern, Psychologen, Sozialarbeiter und Krankengymnasten zu sichern. Patienten sollten im Interesse ihrer Lebensqualität, Selbstbestimmung und Würde an der Behandlung teilhaben. Unausweichlicher Tod solle nicht als medizinische Niederlage, sondern als Teil des Lebens positiv angenommen werden.

Vera Dedanwala (SPD) stellte klar, Palliativmedizin sei die Kontrolle der krankmachenden Symptome, der Ängste, des Schmerzes, von Appetitlosigkeit, Schlafstörungen, Übelkeit und Ödemen. Palliatives ärztliches Handeln finde im Krankenhaus statt, im Übrigen in einer Behandlungskette aus hausärztlicher Betreuung und Pflege und Hospizdiensten. Seit 2002 fielen die Hospize unter das Heimgesetz und seien finanziell gesichert. Die FDP sorge sich um Probleme mit der Einführung von Fallpauschalen. Das Gesetz werde aber Ausnahmen zulassen. Die Verweildauer der Patienten im stationären Bereich werde sinken. Auf den ambulanten Bereich komme höherer Versorgungsbedarf zu. Hausärzte und Pflegedienste müssten fortgebildet und auch Kinderpalliativmedizin müsse weiterentwickelt werden.

Rudolf Henke (CDU) verwies auf den früheren CDU-Antrag „Auch Sterben ist ein Teil des Lebens“. Palliativmedizin und Hospizversorgung seien eine Alternative zu den

Nach der Behandlung auf der Intensivstation, hier im Städtischen Klinikum Solingen, folgt meist die weitere Versorgung Schwerstkranker, sei es zu Hause mit palliativmedizinischer Hilfe oder im Hospiz. Menschenwürdige Pflege bis zum Tod stellt Mitmenschen und Angehörige der Gesundheitsberufe vor neue Aufgaben.  
Foto: Schälte

Wegen in den Niederlanden und Belgien. „Pallium“ bedeute Mantel und solle Schutz und Wärme geben. Ärzte sollten dem Kranken wie einem guten Freund begegnen, nicht wie einem Geschäftspartner oder Kunden. Das Gesamtkonzept umfasse optimale Schmerztherapie, Integration der psychischen, sozialen und geistigen Bedürfnisse von Patienten, Angehörigen und des Behandlungsteams. Weder die Tötung auf Verlangen noch eine Möglichkeit zum Töten ohne Verlangen, wie pro Jahr tausendmal in den Niederlanden, sollten hierzulande geschaffen werden. Die Befürchtungen wegen der diagnoseorientierten Fallpauschalen seien berechtigt.

Barbara Steffens (GRÜNE) meinte, gerade im Hospizbereich sei NRW auf gutem Wege. Für die Grünen sei wichtig, dass auf das Ganze und ein Gleichgewicht zwischen stationärem und ambulanten Bereich geachtet werde. Wem Sterben in der vertrauten Umgebung nicht möglich sei, für den sei das Hospiz ein Ausweg, dem Krankenhaus zu entgehen. Breiten Konsens gebe es darüber, dass älteren

Menschen Hilfe nicht verweigert werden dürfe. Aktive Sterbehilfe sei menschenunwürdig und kein Weg für NRW.

Gesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD) sah im FDP-Antrag eine Bestätigung der Politik der Landesregierung bei der palliativmedizinischen Versorgung seit Ende der 80-er Jahre, als mit Fachtagungen und Modellversuchen die Grundlagen für die in Deutschland beispielhafte Infrastruktur geschaffen worden seien. Wesentlicher Bestandteil sei die Förderung des ehrenamtlichen Engagements in der Sterbebegleitung. Bürgerinnen und Bürger würden dafür ausgebildet und von professionellen Koordinatoren unterstützt. Die bundesweit bekannten, 1992 gegründeten Alpha-Stellen begleiteten Hospizvereine und Initiativen. Das Ende März 2003 abgeschlossene Projekt an 17 Standorten mit Unterstützung der Krankenkassen belege eindrucksvoll den Vorbildcharakter von NRW. Bis Ende 2003 werde noch ein Modellprojekt „palliativmedizinischer Konsiliardienst“ für Ärzte gefördert. Der hohe Anteil von Schwerstkranken, die im Krankenhaus stürben, könne nur durch Intensivierung von palliativer Medizin und Pflege geändert werden zugunsten eines gewollten Sterbens zu Hause. Derzeit gebe es 22 Palliativstationen mit 172 Betten in NRW. Ein Ausbau sei vorgesehen. 20 Betten pro einer Million Einwohner würden zugrunde gelegt. Noch in diesem Jahr werde ein mit allen Versorgungskräften abgestimmtes Konzept vorgelegt werden können.

# Statt Gesetzesänderung reichte ein Telefonanruf

## Straßenausbaubeiträge von Kleingärtnern in Hamm gestundet

*Der Landtag hat es abgelehnt, die bisherige Praxis der zinslosen Stundung von Straßenausbaubeiträgen für Kleingärtner gesetzlich festzuschreiben. Stattdessen appellierten die Koalitionsfraktionen an die Kommunen, die bisherige und faire Praxis beizubehalten. Die CDU forderte in ihrem Antrag „Das Kleingartenwesen in NRW braucht Zukunft“ (Drs. 13/2925) unter anderem, die Stundungen verbindlich zu machen. Das Plenum lehnte Anfang des Monats den CDU-Antrag ab und stimmte mit Mehrheit dem Entschließungsantrag von SPD und GRÜNEN (Drs. 13/3884) zu.*

Reinhold Sendker (CDU) unterstrich die besonderen gesellschaftlichen Leistungen der Kleingärtner. Das verdiene Dank, Anerkennung und Hochachtung. Die Landesförderung jedoch bringe Anspruch und Wirklichkeit zusehends auseinander:

Einerseits schreibe die Landesverfassung die Förderung des Kleingartenwesens vor, andererseits mache es ein höchstrichterliches Urteil möglich, die Kleingärtner mit Straßenausbaubeiträgen kräftig zur Kasse zu bitten: „Die Summen sind derart hoch, dass sie den Ruin eines Kleingartenvereins bedeuten können.“ Darum fordere seine Fraktion

Dr. Georg Scholz (SPD) machte darauf aufmerksam, dass in NRW als einem der wenigen Bundesländer das in diesem Lande „beeindruckende“ Kleingartenwesen aus Landesmitteln finanziert wird – „sowohl bei der Anlage wie auch bei der Modernisierung und bei der Schulung“. Das sei das Ergebnis einer jahrzehntelangen guten sozialdemokratischen Politik. Wegen der Veränderungen im Kleingartenwesen müsse die Förderung in Teilbereichen modifiziert werden, fand der Sprecher:

Mehr Modernisierungen, verstärkte Anstrengungen bei Natur- und Umweltschutz, weiterhin Befreiung von Erschließungs- und Straßenausbaubeiträgen. Die Veranschlagung dieser Beiträge erfolge aber in kommunaler Zuständigkeit, und dort solle sie auch bleiben. Scholz: „Wir fordern die Kommunen auf, an der bewährten Praxis festzuhalten, Kleingartenanlagen nicht zu veranschlagen bzw. Beiträge zu stunden.“

Felix Becker (FDP) wandte sich gegen die Absicht der Koalition, das Aufgabenspektrum im Kleingartenbereich zu erweitern, etwa die standortgerechte Bepflanzung zu verstärken. Was aber sei standortgerecht? Wenn die „Ökobürokratie“ darüber zu entscheiden habe, dürften auf einmal kein Rhododendron mehr gepflanzt werden. Becker: „Wenn wir diese Frage der Fachbürokratie zuweisen, dann können daraus Probleme resultieren, die wir nicht wollen.“

Reiner Priggen (GRÜNE) rechnete vor, man sei sich in 95 Prozent der Beratungspunkte einig. Strittig sei nur ein Stück weit, „ob Ausbau- und Anschlussbeiträge für Kleingartenanlagen, die gar nicht betroffen sind, zu erheben sind“. Es gehe um „Hinterliegerflächen“, wenn dort etwas gebaut werde, stelle sich die Frage, ob Erschließungskosten zu erheben sind. Bisher sei es „gute“ kommunale Praxis gewesen, dass diese Anlagen nicht „beaufschlagt“ worden seien. Davon sei aber leider der Hammer Ober-

bürgermeister abgewichen. Dass man damit von der „fairen“ Behandlung der Kleingärtner abgehe, bedauere seine Fraktion. Darum der Appell im Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen: Den Kleingärtnern keine höheren Belastungen aufbürden.



Felix Becker (FDP)



Reiner Priggen (GRÜNE)

Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) meinte, der Einzelfall Hamm müsse anders gelöst werden als durch die von der CDU vorgeschlagene Änderung des Kommunalabgabengesetzes. Sie habe darum den Oberbürgermeister der westfälischen Stadt angerufen und vom ihm erfahren, „dass er den Kleingärtnern diese Gebühren nicht abverlangen will. Er hat sie gestundet“. Das sei eine unbürokratische, einfache und schnelle Lösung, die eine so ideologische Debatte überflüssig mache, fand die Ministerin und fasste zusammen, alle Fraktionen im Landtag sähen das Kleingartenwesen als etwas Wichtiges an, weil die Kleingärtner einen großen ehrenamtlichen Beitrag für den Naturschutz und die Natur in den Kommunen leisteten.



Bärbel Höhn (GRÜNE)

Reinhold Sendker (CDU) fasste nach: „Es steht heute die Frage an, wie wir es mit dem Verfassungsrang der Kleingartenförderung halten. In Ihrem Entschließungsantrag fordern Sie die Fortführung der Fachberatungen und Schulungen. Wie soll das gehen, wenn die Förderung der kleingärtnerischen Schulungsarbeit kräftig reduziert wurde?“ Und beim zentralen Punkt der Forderung nach zinsloser Stundung der Straßenausbaubeiträge kämen schlussendlich verfassungsrechtliche Bedenken trotz bestehendem Verfassungsrang auf den Tisch – „versteh das, wer will“.



Reinhold Sendker (CDU)



Dr. Georg Scholz (SPD)

mit Nachdruck die zinslose Stundung der Straßenausbaubeiträge für Kleingärtner. Ferner sollte die Eigenleistung der Kleingärtner künftig als Kredit an die Kommunen bewertet werden und damit in der Lage sein, die von den Gemeinden geforderte 20-prozentige Beteiligung in den Förderbestimmungen abzudecken. Die sollten in einem weiteren Punkt ergänzt werden: Statt der üblichen Förderung von Neuanlagen sollte es möglich sein, Mittel auch für Qualitätssicherung und Qualitätsverbesserung von Altanlagen zu erhalten. Die Vorschläge seiner Fraktion seien sachlich wie fachlich völlig richtig. Die Blockadehaltung der Koalitionsfraktionen dagegen führe so manchen Verein in die Existenzkrise. Ihr Entschließungsantrag stelle perspektivlose und rückwärts gewandte Politik dar und sei nicht geeignet, die Sache nach vorne zu bringen.

## +++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Die Anhörung des **Kommunalausschusses** (Vorsitz Jürgen Thulke, SPD) zur Reform der Gemeindeordnung startet am Mittwoch, 17. September, um 10 Uhr.

+++

Die nächste Sprechstunde des **Petitionsausschusses** (Vorsitz Barbara Wischermann, CDU) in der Villa Horion in Düsseldorf findet am 14. Juli statt. Es wird um Anmeldung gebeten unter Telefon 0211/884-4444.

+++

Der Ganztagsbetrieb müsse für Lehrende zur Selbstverständlichkeit werden, meint ein Sachverständiger aus Aachen zur Öffentlichen Anhörung des **Schulausschusses** (Vorsitz Dr. Heinz-Jörg Eckhold, CDU) zum Thema „Ganztagschule und Ganztagsbetreuung – Antwort auf die Bildungsmisere?“ am 9. Juli. Das Projekt „offene Ganztagschule“ minimalisiere den Einsatz von Lehrkräften und verwische die Verantwortung für die schulische Förderung. Die Fraktionen haben mehr als 40 Sachverständige zur Anhörung eingeladen.

+++

Die Fraktionen im **Ausschuss für Europa und Eine-Welt-Politik** (Vorsitz Ute Koczy, GRÜNE) konnten sich für die Sitzung am 9. Juli nicht auf eine gemeinsame Position zum CDU-Antrag „Die Entwicklungspolitik in NRW muss neu konzipiert werden“ (Drs. 13/2087) einigen.

+++

Im **Medienausschuss** (Vorsitz Claudia Nell-Paul, SPD) berichteten die Intendanten von WDR, ZDF und Deutschlandradio sowie der Vorsitzende des WDR-Rundfunkrats am 27. Juni über die finanzielle Lage der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Zum digitalen terrestrischen Fernsehen (DVB-T) haben sich die medienpolitischen Sprecher aller Fraktionen auf eine gemeinsame Erklärung geeinigt, die die Einführung in NRW wegen erheblicher Bedeutung für die Digitalisierung in Deutschland vorantreiben soll.

+++

In vertraulicher Sitzung behandelte der **Haushaltsausschuss** (Vorsitz Volkmar Klein, CDU) am 25. Juni den Bericht des Bundesamts für Finanzdienstleistungsaufsicht über die WestLB. Dabei kam auch der Rücktritt des Vorstandsvorsitzenden der WestLB AG Jürgen Sengera am 23. Juni wegen der Milliardenverluste im Jahr 2002 zur Sprache.

Einstimmig nahm der **Haushaltsausschuss** am 25. Juni eine Gesetzesänderung an, wonach das Feuerwehrreihenzeichen auch an langjährig aktive Angehörige von Werkfeuerwehren verliehen werden kann.

+++

Sicherheit der Bevölkerung und Resozialisierung von Straftätern sollen als gleichwertige Ziele in das Strafvollzugsgesetz aufgenommen werden. Darauf einigten sich unter anderem die Justizminister bei ihrer Konferenz in Glücksburg, berichtete der Justizminister Wolfgang Gerhards (SPD) im **Rechtsausschuss** (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP) am 25. Juni. Sie wollen auch Sicherheitslücken im Maßregelvollzug schließen. Zur Reform des Betreuungsrechts soll der NRW-Justizminister „bis September 2003“ eine Verbände- und Expertenanhörung durchführen.

+++

Vor der Annahme des Regierungsentwurfs eines Nachtragshaushalts durch die Mehrheit im **Haushaltsausschuss** am 25. Juni kritisierte die Opposition den Finanzminister wegen des um 500 Millionen Euro höheren Volumens der zusätzlichen Ausgaben als die angekündigten 1,4 Milliarden Euro.



Den FDP-Antrag „Fische nachhaltig schützen“ (Drs. 13/3758) behandelte der **Umweltausschuss** (Vorsitz Klaus Strehl, SPD) am 25. Juni. Die FDP verlangt, wegen der Zunahme von Kormoranen „mit hohem Nahrungsbedarf“ den Artenschutz besser abzustimmen. Statt staatlicher Lenkung soll das Know-how der Fischer genutzt werden.

+++

Im **Wirtschaftsausschuss** erklärte Vorsitzender Dr. Helmut Linssen (CDU), die NRW-Präsentation in Moskau sei zum richtigen Zeitpunkt erfolgt. Marianne Thomann-Stahl (FDP) empfahl weitere Veranstaltungen dieser Art. Staatssekretär Jörg Bickenbach wies die Kritik von CDU-Sprecher Christian Michael Weisbrich am „Organisationschaos“ des ersten Abends zurück und kündigte regelmäßige Auftritte des Landes

in Moskau an, wenn auch nicht in der Größenordnung wie Anfang Juni. Rüdiger Sagel (GRÜNE) wies auf ausgezeichnete Berichte in deutschen Fernsehsendern hin. Professor Dr. Gerd Bollermann (SPD) empfahl, künftig die Kontakte von NRW-Firmen zu russischen Geschäftsleuten besser zu vermitteln.

+++

Entgegen den Meinungen von CDU und FDP zur Zusammenlegung der beiden Hauptsitze der Straßenbauverwaltung sorgten SPD und GRÜNE im **Haushaltsausschuss** am 25. Juni dafür, dass als Standort für die neue Zentrale Gelsenkirchen in das Gesetz aufgenommen wird.

Zum Zustand des Koblenzer Tors der Universität Bonn berichtete das Städtebauministerium am 25. Juni im **Kulturausschuss** (Vorsitz Dr. Renate Düttmann-Braun, CDU).

+++

In den Finanzämtern wird das Papier knapp. Wie das Berichterstattergespräch zum Einzelplan 12 (Finanzministerium) des **Haushaltsausschusses** ergab, sollen 18,5 Millionen Euro weniger durch Reduzierung des Büro- und Computerbedarfs in den Oberfinanzdirektionen und Finanzämtern ausgegeben werden.

+++

Die DNA-Analyse leiste die sichere Zuordnung von Spuren zu Personen und schließe falsche Personen aus, antwortete das Bundeskriminalamt auf Fragen des **Rechtsausschusses** und des **Innenausschusses** (Vorsitz Klaus-Dieter Stallmann, CDU) in der Anhörung am 25. Juni. Die DNA-Untersuchungen seien keine Wunderwaffe im Kampf gegen Kriminalität, könnten aber an kleinsten Partikeln wie Hautabrieb durchgeführt werden. Dadurch sei es dem Täter fast nicht möglich, am Tatort keine verwertbaren Spuren zu hinterlassen, führte ein Vertreter des Innenministeriums Baden-Württemberg aus.

+++

Die SPD-/GRÜNE-Mehrheit im **Wirtschaftsausschuss** lehnte am 18. Juni die CDU-Initiative „für Wachstum, Beschäftigung und Gerechtigkeit“ (Drs. 13/3445) ab, die die Unterstützung eines Thesenpapiers des Bundeskanzleramts gleichen Titels zum Ziel hatte. Abgelehnt wurde auch die FDP-Entscheidung zu Steuerentlastungen, Senkung der Lohnzusatzkosten, Änderungen im Tarifvertragsrecht und beim Kündigungsschutz sowie Anhebung der Obergrenze für geringfügige Beschäftigung auf 630 Euro mit pauschaler Besteuerung, wofür sich die Landesregierung auf Bundesebene einsetzen sollte.

Landtag NRW öffnet seine Pforten

# Information, Gespräche und Begegnungen im „Haus der Bürger“

An diesen zwei Tagen im Jahr dürfen alle in den Landtag. Pünktlich zum Weltkindertag am 20. und 21. September öffnet der nordrhein-westfälische Landtag im Rahmen eines „Tags der offenen Tür“ seine Pforten. „Wir wollen Ihnen einen modernen Parlamentsbetrieb präsentieren und Ihnen die Arbeitsweise und die Arbeitsbedingungen im Hause vorstellen“, sagt Landtagspräsident Ulrich Schmidt. „Herzlich willkommen heiße ich natürlich auch die junge Generation, die Kinder und Jugendlichen. Für euch haben wir uns spannende Attraktionen einfallen lassen.“ Nicht nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung, sondern auch alle vier Fraktionen stellen ihre Arbeit vor. Auch der WDR wird mit dabei sein, der zeitgleich an diesem Wochenende sein Haus öffnet. Spenden, die an diesen beiden Tagen im Landtag gesammelt werden, kommen dem Projekt „Kinder helfen Kindern“ des Vereins für Afghanistan Förderung e.V. zugute.

Hier werden die Probleme des Landes beraten und in Wort und Widerwort der Parteien gelöst. Fotos: Schälte



Mittlerweile zum sechsten Mal lädt der Landtag Nordrhein-Westfalen interessierte Bürgerinnen und Bürger in das Parlamentsgebäude ein. Rund 700 Menschen arbeiten hier unter einem Dach, um dem Wählerauftrag der Einwohnerinnen und Einwohner Nordrhein-Westfalens zu entsprechen. Den 231 Abgeordneten arbeitet die Landtagsverwaltung mit rund 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu. Alle vier Landtagsfraktionen haben ihre eigenen Bürostäbe mit Pressestellen, Referenten und Bürokräften ebenfalls im Hause untergebracht. Neben dem Plenarsaal, dem Herzstück des Parlaments, stehen für Sitzungen von Fraktionen, Ausschüssen und weiteren parlamentarischen Gremien 35 Sitzungssäle und Besprechungsräume zur Verfügung. In den rund 500 Büroräumen machen Politik und Verwaltung ihren „Job“, damit der Landtag als Verfassungsorgan seinen Auftrag erfüllen kann.

Die erfahrungsgemäß zahlreichen Besucherinnen und Besucher können sich an diesem Wochenende auf eine bunte Mischung aus Information und Entertainment freuen. Im Foyer sowie in den angrenzenden Trakten im Erd-

geschoss werden die einzelnen Referate der Landtagsverwaltung den Gästen an zahlreichen Ständen einen Einblick in ihre Arbeit gewähren. Hier finden die Besucher Antworten auf die sicherlich zahlreichen Fragen, die sich in Verbindung mit dem Parlamentsbetrieb ergeben. So werden beispielsweise Mitarbeiter und Abgeordnete des Petitionsausschusses darüber informieren, wie sich Bürgerinnen und Bürger, neben dem Gang zur Wahlurne, am politischen Entscheidungsprozess beteiligen können.

## FRAGEN ERWÜNSCHT

Hierzu wird auch ein Film über die Arbeit des Ausschusses im Vorführsaal gezeigt werden. Darüber hinaus stehen Mitarbeiter Rede und Antwort zu Fragen wie „Was kostet das Parlament und seine Verwaltung den Bürger?“ und „Wie entsteht ein Gesetz?“

Technikinteressierte werden am Stand Gebäudetechnik und Gebäudeinformationssystem auf ihre Kosten kommen. Unter dem Motto „Das computergesteuerte Landtagsgebäude – Technik im Verborgenen“ werden die Referatsmitarbeiter den Besucherinnen und Besuchern

einen Blick „hinter die Kulissen“ gewähren.

Eine Kostprobe ihres Könnens werden auch die Stenographen des Sitzungs-dokumentarischen Dienstes geben, die sich beim Schauschreiben von den Besuchern auf die Finger schauen lassen.

Bildungspolitik steht im Zentrum einer Ausstellung, die im Lesesaal der Landtagsbibliothek zu sehen sein wird. Zudem gibt es Preise für all diejenigen zu gewinnen, die beim „Politquiz“ Fragen zum Landtag und zur Landespolitik richtig beantworten können.

„Landtag intern“, das Referat Öffentlichkeitsarbeit und Internet, der Besucherdienst und das Referat Europaangelegenheiten und Eine-Welt-Politik werden ebenfalls mit einem eigenen Stand vertreten sein. Präsentiert werden unter anderem die Internetauftritte des Landtags, neben der offiziellen Seite, vor allem die neue Jugend-Internetseite [www.FreshNRW.de](http://www.FreshNRW.de). Die Sonderhefte von „Landtag intern“ werden zudem gegen eine Spende angeboten. Der Erlös geht an ein Hilfsprojekt für Kinder in Afghanistan.

Offen und transparent - das Gebäude des Landtags Nordrhein-Westfalen.





Für musikalische Untermalung durch den Landesmusikrat sowie für das leibliche Wohl der Gäste wird natürlich ebenfalls bestens gesorgt sein.

Wie versprochen, sollen auch die Kinder und Jugendlichen an diesem Wochenende nicht zu kurz kommen, ganz im Gegenteil: So wird der Landtag zusammen mit den Kinder- und Jugendparlamenten unter dem Motto „Kinder an die Macht“ einen Wettbewerb zum Thema „Wir und unsere Stadt“ veranstalten, bei dem sie ihre herausragenden Projekte der letzten zwölf Monate vorstellen können. Die

besten drei Projekte werden von einer Jury ermittelt und auf der Landtagsbühne prämiert. Darüber hinaus wird es ein Filmprojekt sowie ein Kunstprojekt geben, deren Ergebnisse im Rahmen der Preisverleihung dem Publikum präsentiert werden.

Kunst und Kultur, wo das Auge hinblickt. Auch im Obergeschoss des Landtags erwartet die Besucher zwei Kunstausstellungen der besonderen Art: ARTProjekt „Menschenkette“ lautet der Titel der Ausstellung der Jugend-Kunstschule Köln-Rodenkirchen. Hier haben Jugendliche 24 Schaufensterpuppen im Rahmen

von Projektwochen in Kunstfiguren verwandelt und zu einer außergewöhnlichen „Menschenkette“ zusammengefügt. Der Titel der zweiten Ausstellung lautet „Ich male bunt für farbige Begegnungen“, ein kunstpädagogisches Projekt gegen Fremdenfeindlichkeit, welches sich an Jugendliche richtet, die im Rahmen der Jugendhilfe betreut werden.

Vielfältige Aktionen und Präsentationen werden von den Fraktionen derzeit vorbereitet. Die genauen Programme der Fraktionen werden in der nächsten Ausgabe von „Landtag intern“ ausführlich dargestellt. **ax**



Ein gläserner Aufzug bringt die Besucherinnen und Besucher auf die Zuhörertribüne des Plenarsaals.



SPD

## SPD: Europäische Union stärkt ihr Profil

**G**abriele Sikora, europapolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, begrüßt die Vorschläge des Europäischen Verfassungskonvents: „Die klare Zuordnung von Zuständigkeiten und Kompetenzen sowie die Möglichkeit der Klage bei Kompetenzüberschreitungen der europäischen Ebene bedeutet eine substantielle Verbesserung für die Regionen und ihre Kommunen.“ So könne das Land Nordrhein-Westfalen nach dem vorliegenden Entwurf bei Verstößen gegen das Subsidiaritätsprinzip oder bei der Verletzung seiner Rechte über den Bundesrat oder den Ausschuss der Regionen künftig Klage erheben. Diese Anerkennung der Regionen und Kommunen als eigene Ebene in der Europäischen Union hebt auch der für das nächste Plenum eingereichte Antrag der SPD-Fraktion, „EU erhält gestärktes Profil – Ergebnisse des Europäischen Verfassungskonvents liegen vor“ hervor.

In dem Antrag heißt es weiter, dass die klare Zuordnung der Kompetenzen und die Anerkennung der innerstaatlichen Verfassungsordnung ein wichtiger Beitrag für mehr Transparenz und Klarheit sei. Gabriele Sikora: „Dann ist in jedem Fall klar, ob EU, Bund oder das Land und seine Kommunen zuständig sind.“ Zur Kontrolle dieses Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzips soll ein gesondertes Verfahren eingeführt werden. „Dieses Frühwarnsystem wird es NRW und den anderen Bundesländern erleichtern, sich gegen mögliche Eingriffe in ihre Zuständigkeitsbereiche zu wehren“, so die Europapolitikerin. 🗨️

FDP

## FDP veranstaltet Forum „Politik für Menschen mit Behinderungen“



**S**chau doch mal durch meine Augen“ ist der Titel einer Ausstellung, die die FDP-Landtagsfraktion am 25. Juni 2003 im Rahmen des Forums „Politik für Menschen mit Behinderungen“ im Landtag eröffnet hat. Fotos, Texte und Ausstellungsobjekte rund um das Sehen haben eingeladen, die Umwelt einmal durch die Augen sehbehinderter Menschen wahrzunehmen und durch einen Perspektivwechsel neue Einsichten zu gewinnen.

Wie schaffe ich einen barrierefreien Alltag für sehbehinderte Menschen? Wo ist die Grenze zwischen Fürsorge und Selbstbestimmung? Wie können behinderte Menschen in das Arbeitsleben integriert werden? – Beim Austausch mit Betroffenen und Experten wurden während des anschließenden Forums Bedürfnisse und Wünsche artikuliert und (landes-) politische Forderungen entwickelt. „Für uns war es besonders wichtig, im Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen und im Diskussionsprozess um ein NRW-Landesgleichstellungsgesetz, Menschen mit Behinderungen Gehör zu verschaffen“, so Dr. Ute Dreckmann (Foto), sozialpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion. Zudem habe der Tag erneut gezeigt, wie normal es ist, verschieden zu sein. 🗨️

CDU

## CDU: Untersuchungsausschuss soll Misswirtschaft und Vetternwirtschaft durchleuchten

**D**ie CDU-Fraktion will Mangel und Missstände bei den landeseigenen Gesellschaften in einem Untersuchungsausschuss unter die Lupe nehmen. Besonderes Augenmerk soll dabei vor allem auf die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (GfW) und auf die Projekt Ruhr GmbH gerichtet werden. Auch der Landesrechnungshof hatte gravierende Unregelmäßigkeiten festgestellt.

Der CDU-Vorsitzende Jürgen Rüttgers sagte, dass die CDU in den Landtagsgremien seit über einem Jahr versuche, die Wahrheit zu ermitteln. Die Fragen der CDU seien jedoch nur unzureichend oder unwahrhaftig beantwortet worden. Vor einigen Wochen hatte die rot-grüne Regierungsmehrheit im Haushaltskontroll-Ausschuss sogar beschlossen, die Untersuchungen bei der GfW einzustellen. Rüttgers: „Wir lassen nicht zu, dass die Kontrollrechte des Parlamentes ausgehebelt werden. Als letzte Instanz muss jetzt der Untersuchungsausschuss Licht ins Dunkel bringen.“

Rüttgers hob die gründliche Vorarbeit des Rechnungshofes hervor. In ihren Berichten äußern die Prüfer deutliche Kritik an Aufträgen ohne Ausschreibung, Fehlern der Verantwortlichen und mangelhaften Kontrollen. Besonders pikant ist die Vergabe eines millionenschweren Auftrages an die Agentur eines Bekannten des ehemaligen Ministerpräsidenten Clement (SPD): „Die Gesellschaften des Landes haben anscheinend nicht die Wirtschaft gefördert, sondern allenfalls Misswirtschaft und Vetternwirtschaft. Das muss aufgeklärt werden“, sagte Rüttgers. 🗨️

GRÜNE

## Grüne: Politische Partizipationsmöglichkeiten von MigrantInnen verbessern

**D**ie Mehrheit der AusländerInnen in unserem Land ist nicht wahlberechtigt. Solange die für ein Wahlrecht notwendige Änderung des Grundgesetzes nicht möglich ist, gilt es, möglichst optimale politische Beteiligungsformen unterhalb des Kommunalwahlrechts zu schaffen.

In einem im Sommer 2002 begonnenen Arbeitsprozess, der unter anderem eine Erhebung über die Arbeit von Ausländerbeiräten in 28 Gemeinden beinhaltet, haben die Grünen einen Vorschlag zur Änderung der Gemeindeordnung mit folgenden Zielen erarbeitet:

- Eine bessere strukturelle Anbindung an Rat und Verwaltung durch Bildung eines Ratsausschusses für Migrations- und Integrationsangelegenheiten,
- die damit verbundene Änderung von einem Beratungsgremium in ein Entscheidungsorgan
- sowie eine Verbesserung der allgemeinen Rahmenbedingungen etwa bezüglich der Sitzungsgelder.

Nach Vorstellung der Grünen Fraktion sollen Gemeinden mit über 5.000 ausländischen Einwohnern einen Integrationsausschuss bilden. Zweidrittel der Mitglieder werden aus einer Vorschlagsliste der MigrantInnen vom Rat in den Ausschuss entsandt. Die Vorschlagsliste ergibt sich aus einer Direktwahl, die am Tag der Kommunalwahl stattfindet. Die weiteren Ausschussplätze werden aus der Mitte des Rats besetzt.

Der Ausschuss erhält Kompetenzen in allen Belangen, die MigrantInnen betreffen sowie alleinige Entscheidungskompetenzen über ihm vom Rat zugewiesene Haushaltsmittel. 🗨️



## Porträt der Woche: Marianne Hürten (GRÜNE)

Sie sei „echtes, grünes Urgestein“, sagen Fraktionskollegen von Marianne Hürten – und da schwingt Bewunderung mit. Denn auch wenn die 50-jährige Abgeordnete in den eigenen Reihen zuweilen als schwierig gilt, so hat sie sich dennoch längst den Ruf einer Politikerin erworben, die aufrecht und unbeirrt „ihr Ding“ macht – und es gut macht. „Ihr Ding“, das ist vor allem die Frauenpolitik.

Marianne Hürten ist offen und freundlich, etwas herb und humorvoll. Sie sitzt auf dem Sofa ihres Abgeordnetenbüros, ganz vorn auf der Kante. Vor sich den großen Tisch, mit Tassen, der Kaffeekanne und einer Schale Süßigkeiten. Sich einfach entspannt zurücklehnen, das ist ihre Sache nicht, selbst bei einem Interviewtermin.

Mit 16 begann Marianne Hürten als Chemielaborantin bei Bayer Leverkusen, und dass sie auch gleich Gewerkschaftsmitglied wurde, war keine Frage. Die junge Frau engagierte sich in der Gewerkschaftsjugend, wurde Jugendvorsitzende und riskierte immer wieder Konflikte mit der Führungsriege des Betriebsrats. Die empfand sie als autoritär – schon damals war das nichts für die streitbare Gewerkschafterin. So kandidierte sie auf einer oppositionellen Liste (Opposition, so hieß in Gewerkschaftskreisen alles, was nicht SPD war) und wurde selbst Betriebsratsmitglied. Ein Amt, das sie immer noch bekleidet.

Marianne Hürten's politisches Engagement abseits der Gewerkschaftsarbeit begann in der Umweltpolitik. Anfang der 80-er Jahre rückte die Verklappung von Dünnsäure ins öffentliche Bewusstsein. Auch die Bayer AG

entsorgte damals ihre chemischen Flüssigabfälle in der Nordsee. Ein Skandal, fand Marianne Hürten, und bezog auf Flugblättern Stellung gegen den eigenen Arbeitgeber. Als die Grüne Partei entstand, gehörte sie zu den ersten Mitgliedern in NRW.

Seit 13 Jahren sitzt sie nun für die Grünen im Landtag. Sie zählt sich zum linken Rand ihrer Partei. 1999 sprach sie sich in der Garzweiler-Frage klar gegen die Fortführung der Koalition mit der SPD aus. Doch damit war sie in der Minderheit. Kein Einzelfall. Immer wieder fand sich Marianne Hürten mit ihren politischen Positionen in der eigenen Partei ohne Mehrheit – etwa wenn es um die Bedingungen des Atomausstiegs oder die Kriegsbeteiligung im Kosovo ging.

### EIGENE POSITIONEN

Regieren nicht um jeden Preis – das ist auch heute noch ihre Überzeugung: „Ich bin nicht so schnell bereit, alles mitzumachen, nur um die Regierungskoalition mit der SPD zu erhalten.“ Schon in der Gewerkschaftsarbeit habe sie die Erfahrung gemacht, dass auch aus einer Oppositionsrolle heraus einiges bewegt werden könne.

Marianne Hürten's Leib- und Magen-thema ist die Frauenpolitik. Sie ist überzeugt, Frauen werden heute noch immer stark benachteiligt, vor allem auf dem Arbeitsmarkt. „Jetzt, wo die öffentlichen Mittel knapp sind, wird vermehrt bei den Programmen gespart, die Frauen betreffen. Zum Beispiel gibt es keine Fördermaßnahmen zur Wieder-

eingliederung nach der Familienphase mehr. Dabei waren die sehr erfolgreich.“ Und was ist aus den guten alten Begriffen wie „Emanzipation“ und „Feminismus“ geworden? Kann man damit heute keine Frauenpolitik mehr machen? „Junge Frauen finden, dass die Emanzipation erreicht ist. Und was den Feminismus angeht fühle ich mich als Feministin, aber auch da habe ich den Eindruck, dass junge Frauen mit dem Begriff nichts anfangen können. Da muss man viel erklären, wie beim Gender Mainstreaming auch. Und weil ich keine Labels verkaufen will, sondern Probleme erkennen und Lösungen erarbeiten will, ist mir das mit den Begriffen letztlich egal.“

Als Ausgleich zur politischen Arbeit liest Marianne Hürten Krimis – gleich haufenweise, abends, vor dem Einschlafen. Und zu Hause im Oberbergischen ist die Grüne gemeinsam mit ihrem Mann Mitglied in einen Golfclub. Sie liebt das Golfspielen, einfach weil es Bewegung und viel frische Luft bringt. Aber natürlich gibt es in ihrem Politikerdasein viel zu wenig Zeit dafür.

Beate Becker



## Ausstellungen im Landtag

Jugend interpretiert Kunst - diesen von der Deutschen Herold gestifteten und mit 5.000 Euro dotierten Preis hat für das Jahr 2002 unter 20 teilnehmenden Schulklassen aus ganz Deutschland (zehn allein aus NRW) der Kunstleistungskurs der Stufe 12 des Mercator-Gymnasiums in Duisburg gewonnen. Die Arbeiten der Siegerklasse und der anderen teilnehmenden Jugendlichen zeigt die Ausstellung im Landtag, die am 2. Juli von Landtagspräsident Ulrich Schmidt eröffnet worden ist. Sie dauert bis zum 16. Juli und ist in Zusammenarbeit mit dem Museum Küppersmühle in Duisburg entstanden. Dieses Museum betreut das auf fünf Jahre angelegte Projekt, mit dem erreicht werden soll, dass museumspädagogische Ansätze vermittelt und Kunstunterricht in den Schulen gefördert wird.

Lkw-Maut – hinter diesem Begriff verbirgt sich das neue elektronische Mautsystem für Lkw, das zum 31. August für schwere Fahrzeuge ab zwölf Tonnen auf den Bundesautobahnen eingeführt wird. Am 4. Juli in der Zeit zwischen 9.30 und 14.30 Uhr können sich die Abgeordneten des Landtags darüber unterrichten lassen. Dann macht ein Informationstruck am Landtag Station. Im Inneren des Fahrzeugs gibt es Erläuterungen zu Funktionsweise und technischen Komponenten des Mautsystems. Mitarbeiter der in Berlin angesiedelten Firma Toll Collect beantworten Fragen zu den Fahrzeuggeräten, Mautstellen-Terminals und zu Service-PCs. Mit der streckenbezogenen Maut soll der schwere Lkw-Verkehr an den Kosten für die deutschen Autobahnen beteiligt werden. Sie löst die zeitbezogene Eurovignette ab.

### LANDTAG INTERN

**Herausgeber:** Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

**Redaktion:** Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Telefon (02 11) 884-23 03, 884-23 04, 884-25 45 und 884-23 09, Fax 884-30 70, pressestelle@landtag.nrw.de

**Redaktionsbeirat:** Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Helmut Stahl MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Michael Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.

**Nachdruck mit Quellenangabe erbeten**  
**Satz/Gestaltung/Layout:**

h<sub>2</sub>m Kommunikations-Agentur, Duisburg · www.h2-m.de

**Herstellung und Versand:**

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

**Internet-Adresse:** www.landtag.nrw.de

**LANDTAG INTERN** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Geburtstagsliste

Vom 5. Juni bis 13. Juli 2003

5.7. Bernhard von Grünberg (SPD)	58
6.7. Marianne Dohmen (SPD)	66
7.7. Dr. Ruth Katharina Seidl (GRÜNE)	50
12.7. Angela Freimuth (FDP)	37
13.7. Ilse Brusis (SPD)	66

**Werner Jostmeier** (CDU), Landtagsabgeordneter aus Dülmen, ist zum Kreisvorsitzenden der CDU Coesfeld gewählt worden; dabei erhielt er 98 Prozent der Delegiertenstimmen. Jostmeier, der dem Landtag seit 1995 angehört, war seit 1987 stellvertretender CDU-Kreisvorsitzender und von 1989 bis zu seiner Wahl in den Landtag Mitglied des Kreistags Coesfeld.

**Dr. Daniel Sodenkamp** (FDP), 36-jähriger Arbeitswissenschaftler und Psychologe aus Witten, ist neues Mitglied des Landtags. Er rückt für den verstorbenen, zuletzt fraktionslosen Abgeordneten Jürgen W. Möllemann nach, der am 5. Juni bei einem Fallschirmabsprung ums Leben gekommen ist.



**Klaus Brings** ist von Landtagspräsident Ulrich Schmidt für sein selbstloses Engagement bei der Deutschen Lebens-Rettungsgesellschaft (DLRG) mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden. Der Dortmunder Brings (55) ist seit 1987 als Vorsitzender des Landesverbands Westfalen tätig und hat unter anderem tatkräftig an dessen Neuorganisation mitgewirkt. Der Geehrte wies darauf hin, dass diese Auszeichnung einem Gemeinschaftswerk von vielen Mitgliedern gelte, die ihm bei dieser Aufgabe geholfen hätten. Der Landesverband Westfalen ist mit etwa 86.000 Mitgliedern der größte Landesverband der DLRG.

**Winfried Schittges**, CDU-Landtagsabgeordneter aus Krefeld, verleiht am 11. Juli in seinem Amt als Vorsitzender der Landschaftsversammlung Rheinland im Kaisersaal der Abtei Brauweiler das diesjährige Paul-Clemen-Stipendium an Dr. Iris Benner für ihre Dissertation über Kölner Denkmäler und Dr. Isabelle Kirgus für ihre Dissertation über die Rathauslaube.

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Karl-Wolfgang Brandt, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 3. Juli 2003 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



## Höchster Orden ...

... für den Landtagspräsidenten: Ulrich Schmidt (l.) hat von Ministerpräsident Peer Steinbrück (r.) im Namen von Bundespräsident Johannes Rau das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen bekommen. Der Landtagspräsident zu der Ehrung: „Ich freue mich, dass mein politisches und vor allem mein langjähriges ehrenamtliches Engagement mit dieser Auszeichnung gewürdigt werden.“ Denn ohne ehrenamtliches Engagement wären die Schwierigkeiten vieler sozialer Einrichtungen im Lande ungleich größer. Der 61-jährige Politiker gehört seit 1975 dem Landesparlament an und ist damit einer der dienstältesten Abgeordneten im Düsseldorfer Landtag. 1995 wurde er zum Landtagspräsidenten im bevölkerungsreichsten deutschen Bundesland gewählt. Schmidt ist neben seiner politischen Tätigkeit Mitglied des Aufsichtsrates der Evangelischen Stiftung Volmarstein, Vorsitzender des Landesverbandes der Lebenshilfe in Nordrhein-Westfalen, Beisitzer im Vorstand des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Schirmherr der Deutschen Lebens-Rettungsgesellschaft (DLRG) NRW, Senatspräsident der DLRG-Stiftung Westfalen, Vorsitzender des Landesmusikrats NRW und Heimbeirat des Emmy Kruppke-Hauses der Arbeiterwohlfahrt in Hattingen-Welper.

Foto: Meyer